



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1910**

268 (14.6.1910) Abendblattt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-142107](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-142107)

# General-Anzeiger



Abonnement:

90 Pfennig monatlich.  
Einsendungen an die Redaktion,  
durch den Postbezugsstellen-  
ausführender, 2.48 pro Quartal.  
Einsendungen an die Redaktion  
Sonder-Nummern 5 Pf.

In Inseraten:

Die Kolonial-Zeile . . . 25 Pf.  
Kurzfristige Inserate . . . 30  
Die Kolonial-Zeile . . . 1 Mark

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

## Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Geschäftlich und verbreitetste Zeitung  
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben  
(ausgenommen Sonntage)

Eigene Redaktionsbüros  
in Berlin und Karlsruhe.

Telegraphen-Adresse:

„General-Anzeiger  
Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Redaktion, Buchhaltung 1448  
Verwaltungsbüro (An-  
nahmen, Druckarbeiten) 341  
Redaktion . . . . . 377  
Expedition und Verlags-  
buchhandlung . . . . . 318

Schutz der Inzeraten-Annahme für das Mitteilungsblatt Morgens 4-9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 268.

Dienstag, 14. Juni 1910.

(Abendblatt.)

### Eine parlamentarische Ostmarkenfahrt.

Ein Teilnehmer an der zwischen dem 5. und 11. Juni veranstalteten parlamentarischen Ostmarkenfahrt schreibt uns: Wiederum hat der Ostmarkenverein eine Ostmarkenfahrt veranstaltet. Mit Ausnahme des Zentrums beteiligten sich Vertreter aller bürgerlichen Parteien aus dem Reichstag und dem Landtag. Besonders hoch war Schwaben und Sachsen vertreten. Die Presse repräsentierte etwa zehn Journalisten der verschiedensten Parteirichtungen. Es waren Höhepunkte, als bei einem deutschen Abend in Bromberg Vasser mann ermunternde Worte sprach, als der Präsident der sächsischen Kammer, Vogel, auf dem Rathaus in Posen für die Begrüßung durch die Wäiter der Stadt in bewegten Worten dankte. Unergeßlich wird es allen Teilnehmern bleiben, wie im Kapitol der ehrwürdigen Marienburg in Erinnerung an die Schlacht von Tannenberg, 15. April 1410, der national-liberale Reichstagsabgeordnete Wegel-Eplingen eine herzerbelebende Gedächtnisrede hier auf den in dieser Schlacht gefallenen Hohenmeister des Deutschen Ordens, Ulrich von Jungingen, der Redner erinnerte daran, daß ganz nahe der königlichen Heimat dieses Feldes die Stammesburg des Hohenollernreiches stehe, wie die schwarz-weiße Preußenfahne zum Banner der brandenburgischen Monarchie geworden sei, und wie die großen Hohenollernfürsten es gewesen, welche das verlorenen Deutschertum wieder herausgeholt und zu hohen Ehren gebracht haben, indem sie unter dem schwarz-weiß-roten Reichsponier die deutschen Stämme einigten zum Fels am Meer. Durch Uneinigkeit und Verrat ging der Orden einst zugrunde. Da gelte es, summa in großen nationalen Fragen, alles Zeugnende zurückstellen, Schulter an Schulter, zumal in der schwer bedrückten Ostmark, auch unter persönlichen Opfern einzutreten und zu wahren deutschen Boden, deutsche Sprache und Kultur, deutsche Freiheit und Ehre. Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, in seiner Not uns trennen und Gefahr! In feierlichem Zuge ging's dann in die St. Annenkapelle, wo auf den Gräbern der Ordensherren, Ulrich von Jungingen und Heinrich von Plauen, prachtvolle Ehrenkränze, von den königlichen und sächsischen Landmannschaften gestiftet, unter den weihenollen Gelängen eines Seminaristenabors niedergelegt wurden. Tiefe Eindrücke in die Köpfe und Nöte der Deutschen in Westpreußen ließ bei einem Zusammensein mit der deutschen Bürgerwehr von Dirschau die Rede des tapferen Bürgermeisters dort tun. Mit tiefer Beklemmung und aufrichtiger Bitterkeit kam zur Aussprache, wie der Zentrumsrat Erbergers nach Ostland als ein verhängnisvoller Einbruch in das Deutschtum und seine Geschlossenheit hier empfunden werde. Bis her treu-deutsche Katholiken werden ins Zentrumslager hinüber und damit den Polen bei den Wahlen zugeführt! Auch bei den deutschen Beamten der Ostmark sei da und dort ein räusperliches Sichbekennen zur bedrohten deutschen Sache zu vernehmen. Der eigentliche Zweck der Reise war, sich über den Betrieb und die Erfolge der preussischen Ansiedlungs-

politik durch eigene Anschauung zu orientieren. Der ganze Apparat der preussischen Beamtenenschaft, von den Oberpräsidenten der beiden Provinzen Posen und Westpreußen an, stellte sich den Teilnehmern zur Verfügung, um ihnen jede gewünschte Auskunft und Anschauung zu bieten. Die Professoren Bernhard, Götzsch und Oberregierungsrat v. Poth orientierten uns durch Vorträge. Vor allem war es der ebenso sachkundige und praktische wie liebenswürdige Präsident der Ansiedlungskommission Gramsch, der unermüdlich war im Erteilen von Auskunft. Potentische Dörfer wurden uns wahrhaftig nicht vorgeführt. Wir traten ein nach freier Wahl in die bescheidenen Häuser und Höfe, Gärten und Kirchen, landwirtschaftliche Schulen, gemischtschulische Molkereien, Mühlen u. dergl., grüßten je unsere Landsleute, ließen uns zeigen ihre Wirtschaft und fragten nach ihren Ergeben und Wünschen. Ueberausstimmend bekamen wir den Eindruck: hier wird gearbeitet, mit Fleiß und Sparsamkeit auch etwas erreicht, ein Stück neues deutsches Bauernland gewonnen, das in geradezu überraschender Weise sich zu entwickeln beginnt. Auch zwei Großgrundbesitzer führten uns gastsfreundlich die Eigenart ihres Betriebes vor: der national-liberale Abgeordnete Sieg in Anislaw auf Rittergut Siegerub und der Schwiegerohn Müllings, Eduard Wendorf, auf der Fideikommissherrschaft Mühlburg bei Gnesen. Einige Gedanken traten uns in den täglichen Unterredungen mit den Deutschen in der Ostmark immer wieder entgegen die deutsche Sprache und Sache befindet sich in Verteilungsschwäche; das Deutschtum kann sich nur behaupten, wenn ferndeutsche Männer als Beamte dorthin geschickt werden und wenn das ganze deutsche Volk in Frage der Ostmarkenpolitik zur gemeinsamen deutschen Ehrensache macht. Die Saat, die dort mit Aufwand von Millionen und mit der Ansiedlung tüchtiger, deutscher Bauernfamilien gestreut wurde, sie braucht noch Zeit zur Weiterentwicklung. Nicht wäre Schlimmer, es wäre ein wirkliches Verhängnis, wollte und sollte die Ostmarkenpolitik unter irgendwelchen Einflüssen der Windrichtung auch einmal wieder — umschwenken, zurückweichen vor dem Drogen oder Schmelzen der Polen. Jetzt schon fragt man sich in der Ostmark, warum wird nicht, ohgleich dringende Fälle dazu zwängen, im allgemeinen nationalen Interesse endlich auch einmal Ernst gemacht mit der Anwendung des Enteignungsgesetzes? Dieses Jögern und Zurückweichen vor der praktischen Ausführung eines bestehenden Gesetzes, ohgleich die Not dazu drängt, kann nur die Deutschen noch mehr entmutigen, die Polen aber ermutigen in der Folge ihrer weitgehenden Hoffnungen, bestärken in ihrem Glauben, daß der preussische Staat sich doch nicht so recht an sie heranwage. — Mit aufrichtiger Hochachtung vor der jähren, unsichtigen Kulturarbeit des preussischen Staates und namentlich seiner zurzeit vortrefflich arbeitenden Ansiedlungskommission schreiben vor allem auch die süddeutschen Teilnehmer der Ostmarkenfahrt.

### Politische Uebersicht.

Mannheim, 14. Juni 1910.

#### Die nationalliberale Sozialpolitik.

Den offiziellen „Berl. Pol. Nachr.“ haben die Beschlüsse nicht gefallen, welche in der Reichsversicherungskommission auf Grund nationalliberaler Anträge gefaßt worden sind. Es handelt sich dabei um die Erhöhung der Grenze für die Krankenversicherung bis zu einem Jahresverdienst von 2500 Mark (bisher 2000 Mark) und um die Einführung des Versicherungszwanges für die ohne Entgelt beschäftigten Lehrlinge. Die „B. V. N.“ meinen dazu, diese Anträge seien ein „drahtlicher Beweis“ dafür, wie die Nationalliberalen „den Wettlauf des Zentrums und der Sozialdemokratie um die Wählermassen“ mitmachen wollen und wie sie „die Fühlung mit den Kreisen, die vornehmlich ihre Wählerkraft bilden, verlieren und infolge dessen auch kein Verständnis für die Interessen dieser Kreise haben“. Man könnte diesem vorklauden Offiziosus ja einfach erwidern, daß er sich nicht die Kräfte anderer Leute gebrauchen soll und es ruhig den Nationalliberalen überlassen möge, wie sie die Fühlung mit ihren Wählern aufrecht erhalten und deren Interessen wahrnehmen. In der Unterstellung jedoch, die Partei veranlasse mit Zentrum und Sozialdemokratie eine Art politischen Wettlaufs, liegt die Annahme, daß die Nationalliberalen sich bei ihren sozialpolitischen Anträgen nicht von sachlichen, sondern von parteipolitischen Rücksichten leiten lassen. Diese Annahme verdient eine sofortige Kennzeichnung. Die Sozialdemokraten wollten die Versicherungsgrenze nämlich von 2000 auf 5000 erhöhen, während das Zentrum die Ausdehnung bis zu 3000 Mark beantragte. Demgegenüber beschränkte sich der dann auch zum Beschuß erhobene Antrag der Nationalliberalen auf 2500 Mark, woraus hervorgeht, daß diese Partei von vornherein und bewusst hinter den Demonstrationstragen des Zentrums und der Sozialdemokraten zurückblieb, indem sie nur bis zu jener Grenze schritt, die sie eben als mit den gewerblichen Interessen noch vereinbar hielt. Wenn die „B. V. N.“ dieses „Kennen“, bei dem der eine Teilnehmer überhaup nicht bis zur Hälfte des Weges mitgeht, einen „Wettlauf“ nennen wollen, so wollen wir ihnen das Vergütigen lassen. Vielleicht aber sorgen die „B. V. N.“ lieber dafür, daß sie selbst nicht die Fühlung mit denjenigen Kreisen verlieren, auf die sie angewiesen sind. Denn es ist doch nicht gut anzunehmen, daß dieser durch nichts gerechtfertigte Vorstoß auf jene amtlichen Stellen jurisdiktorisch ist, von denen sich das sonst offiziöse Organ „inspirieren“ zu lassen pflegt?

#### Gegen die Enzyklika.

In sämtliche deutsche Burschenschaften ist durch die präsidierende Burschenschaft Germania in Würzburg folgendes Schreiben verandt worden: Burschenschaft! Der Papst Pius X., bei seiner Wahl als Mann des Friedens begrüßt, hat vor wenigen Tagen unter dem Namen und zu Ehren des 1610 heilig gesprochenen Kardinal-Episkopos von Mailand, des Grafen Carlo Borromeo, eine Enzyklika

### Senilleton.

#### Begegnung.

Ich hab Dich oft im Traum gesehen,  
Als flüchtiges Bild vor der Seele steh'n.  
Ich hab Dir oft den Mund geküßt  
Und habe nicht den Namen gewußt.  
Ich koste zärtlich Dein blondes Haar  
Und schaute Dein blaues Augenpaar.  
Und Dein Glieder holde Pracht,  
Die sah ich in mancher heimlichen Nacht.  
Nun stehst Du vor mir, so lieb und so schön,  
Wie Morgenröte auf stillen Höhen.  
Und Du, die ich so oft geküßt,  
Die Fremde, Du bist mir so lieb und traut.  
Nun stehst Du da und schau Dich an,  
Doch nichts mein Mund Dir sagen kann;  
Das Wort bleibt in der Kehle stecken.  
Nun ha ich Dich ein so trichter Schreden.  
Nun da ich Dich seh, Du Bild mancher Nacht  
Da bin ich um alle Ruhe gebracht. J. W.

#### Die Stilentwicklung in der Kunst.

III. Vortrag des Herrn Professor Stummel, Berlin, in der Handelshochschule über Probleme der modernen Kunst.  
II.  
Die folgenden Gedanken der Plastik geben den Grundmotiven der Kulturidealen nach, wir verlangen also von einer zeitgemäßen Kunst, daß sie ihrer Epoche, ihrer Kultur Ausdruck gibt.

Robin ist der Künstler, der für unsere Zeit einen neuen plastischen Stil schuf. Die anderen Künstler, die versuchten innerhalb der Plastik dem modernen Leben Ausdruck zu geben, erstreckten dies auf naturalistischem Wege, das heißt, das Dasein, wie es unmittelbar als naturgeschichtliche Notwendigkeit erschien, wurde nachgebildet, das Leben wurde Marmor, aber daraus entstand keine neue Kunst. Robin hat gezeigt, daß sich das moderne Leben innerhalb der plastischen Kunst als Stil nachgestalten läßt. Stil bedeutet, daß irgend ein Einzelnes die Form des Allgemeinen ist. Wie sehr es sich um einen neuen Stil handelte, wird deutlich, wenn man sich einen anderen großen Plastiker zuerlet Zeit vergegenwärtigt, der keinen neuen Stil, sondern einen neuen Inhalt für die moderne Kunst gefunden hat: Meunier. Meunier hat den Arbeiter für die Plastik entdeckt, hat gesehen, daß die reine Bewegtheit des arbeitenden Menschen, die besondere Gestalt der Arbeit plastisch darstellbar ist, daß sie plastischen, ästhetischen Wert besitzt. Damit hat er der Plastik eine Provinz eröffnet, hat aber dieser Provinz die Geleße der alten Heimat aufgelegt. Er hat damit nur bewiesen, daß der Arbeiter des 19. Jahrhunderts in der klassischen Formgebung darstellbar ist. Meunier hat für die Plastik einen neuen Inhalt gefunden, Robin einen neuen Stil. Der Klassizismus enthält das Gesetz, daß sich die Figuren bestimmten Formeln unterordnen muß, wenn sie plastisch darstellbar werden sollen. Formeln, die jenseits aller individuellen Differenzen stehen. Robin dagegen ist ausschließlich Individualität. Jede Gestalt lebt aus ihrem eigenen Mittelpunkt heraus, die Formgebung kommt nicht nur aus der allgemeinen Geleßgebung, sondern ist der notwendige Ausdruck dieses Schicksals, dieser Einzelgestalt, dieser Stimmung, die vom Bildhauer ausgeht wurde. Die Plastik verlorperst ein das moderne Kulturleben innen und außen durchziehendes Problem. Man kann vielleicht die inneren tiefsten Schwierigkeiten, die den Menschen unserer Zeit bekrängen, be-

zeichnen: als den Konflikt zwischen Individualität und Gesetzmäßigkeit. Das Individuum lehnt sich gegen das Gesetz auf, es mag sich nicht als bloßes Beispiel fühlen, es mag nicht nur die Zufälligkeiten besitzen, die es als Einzelnes dann hat, wenn es nur der Fall eines allgemeinen Gesetzes ist. Das Individuum mag nicht von außen her sein Gesetz empfangen. Diese Erscheinung, diese Revolte gegen das allgemeine Gesetz führt zunächst zur Subjektivität, zur Anarchie des Menschen, der nichts weiß, als Gesetze zu sprengen. Für diese Individualität aber ergibt sich dennoch das Bedürfnis der Gesetzmäßigkeit. Wir wollen nicht verzichten auf die innere Notwendigkeit, auf die Würde, die Strenge, auf den Halt, den wir darin besitzen, daß ein Gesetz, ein Ideal sagt, was sein solle. Wir bedürfen des individuellen Gesetzes. Eigentlich besteht hier ein logischer Widerspruch nach den bisherigen Begriffen von Gesetz; aber darin liegt das letzte und tiefste Problem des individuellen Lebens, daß es sich aus der Art seines Seins sein eigenes ideales Gesetz bildet. Die Individualität kann sich somit auch gegen das eigene Gesetz verhalten. Der Naturalismus freilich hat auch schon im Leben wie in der Kunst die Fesseln des allgemeinen Gesetzes gebrochen. Er hat das Leben für die Kunst zunächst von dem Zwange eines innerlich fremden Gesetzes befreit, hat die Kunst dem Augenblicksleben verantwortlich. Bei Robin scheint aber der Zustand des Erlöbenden zu sein, daß in jeder Gestalt eine Freiheit der schaffenden Seele steht, eine Freiheit des Schöpfers dieses Geschöpfes, mit der Strenge einer inneren Logik, seine künstlerische Form, seine Darstellbarkeit entfaltet. Die Freiheit dieses individuellen Gesetzes hat vor Robin von allen Künstlern vielleicht nur allein Rembrandt besessen. In einem Porträt Rembrandts fühlen wir wohl die Einzigkeit der Erscheinung, die Unbehindertheit durch jedes überlieferte Schema, gleichzeitig aber fühlen wir das unausweichliche, ganz in sich selbst

in die Welt gehen lassen, die von maßlosen Schmähungen großer deutscher Männer, deutscher Fürsten und des deutschen Volkes erfüllt, infolge ihrer Verbreitung in den Tagesblättern in den weitesten Kreisen Deutschlands einen Sturm der Entrüstung heraufbeschworen hat, der täglich an Stärke und Wucht überall da zunimmt, wo man sich den Stolz, ein Deutscher zu sein, noch frisch und lebendig erhalten hat. Die akademische Jugend in ihrer Gesamtheit kann solchen starken und erregten Schwingungen der Volksseele gegenüber nicht kalt und teilnahmslos bleiben. Insbesondere hat die Deutsche Durchschnittsklasse ihrer Geschichte und Tradition das gute Recht und hingesehen auf ihre Aufgaben, die noch keineswegs ganz erfüllt ist, die unanfechtbare Pflicht, in solchen das nationale Bewußtsein des deutschen Volkes stark aufregenden Angelegenheiten entschiedene Stellung zu nehmen. Von diesem rein nationalen Standpunkte aus fordern die Unterzeichneten sämtliche Deutsche Durchschnittsklassen auf, Versammlungen aller national gesinnten Studenten an ihren Hochschulen einzuberufen und die Frage zur Besprechung zu bringen, ob ein Volk auf die Dauer ohne Schädigung seiner Ehre und seines Selbstbewußtseins dergleichen Schmähungen und Beleidigungen ohne Widerspruch über sich ergehen lassen soll, oder wie es sich gegen solche empörenden Annahmen eines Ausländers, der die Rechte eines Souveräns beansprucht und genießt, erfolgreich und dauernd wehren kann.

Die Sozialdemokratie verhaftet in der Bewegung gegen die Bormänns-Enzyklika Weltfremd stehen insbesondere ihre norddeutschen Drahtzieher dem aus der Tiefe der deutschen Volksseele hervorbrechenden Protest gegenüber; wie in vaterländischen Fragen, so zeigen sie auch hier, wo es gilt für die Gewissensfreiheit und ihre größten Bedrohungen einzustehen, daß sie sich von den geschichtlich begründeten, höchsten Lebenswünschen des deutschen Volkes gelöst haben. Die gefälligen Kommentare, die hier und da von ihren Wägern zu den Protestversammlungen geliefert werden, haben, wie wir wissen, auch in weiten Kreisen der Arbeiterschaft verstimmt. Sollte noch der „Vorwärts“ am 1. Juni geurteilt, daß das von religiösem Goch diffidierte Urteil Bismarck die historische Wahrheit durchs nicht verbunkeln werde, so ist die Sehnsucht bei der „Leipziger Volkszeitg.“ nach dem Beifall der Jesuiten so groß, daß sie „die Chorakterisierung der deutschen Priester der Papstencyklika für völlig zutreffend erklärt. Doch selbst das steht zurück hinter dem, was das „Samburger Echo“ leistet; hier wird die Gesinnungsverwandtschaft zwischen Jesuitentum und einer gewissen Richtung der Sozialdemokratie evident. Das Blatt schreibt am 7. Juni:

„Soweit es sich um einen Geistesfreiheit handelt, wird das Zentrum hier eine historisch-wissenschaftliche Ueberlegenheit geltend machen können. Denn die protestantische resp. liberale Geschichtsschreibung der Reformationszeit leidet an einer erschrecklichen Unschärfe und Oberflächlichkeit; die Werke von Ranke, Engelke u. a. erheben sich kaum über den gewöhnlichen „Kuffläsch“. Dagegen haben die katholischen Historiker Janssen u. a. in ihrer Art Meisterwerke geliefert. Ramentlich die gründliche und umfangreiche „Geschichte des deutschen Volkes zur Zeit der Reformation“ von Johannes Janssen enthält ein Rüstzeug, gegen das die protestantischen und liberalen Historiker gar nicht ankommen können.“

Janssens Werk ist bekanntlich eine einzige Fälschung im großen Stil, von der selbst die anständigen katholische Wissenschaft abgerückt ist. Der gut ultramontane Ludwig Kofler hat das Janssen'sche Werk erst durch Darstellung der kirchlichen Schäden vervollständigen müssen, um zu erklären, wie es überhaupt zu der Reformation gekommen ist. Für das „Samburger Echo“ aber steht Janssen über Ranke. Vielleicht unterschätzt sich dies Blatt für die „böserbefreunde Sozialdemokratie“ nun höchstens auch der Aufgabe, die Inquisition nach ultramontanen Maßstäben zu verberrlichen und den Widerstand gegen ihre Wiedereinführung auf die „leichte protestantische“ Geschichtsschreibung zurückzuführen. Es wäre ja nur Geist vom eigenen Geist, den sie hier verteidigen würde.

**Verstimmungen zwischen Frankreich und England.**

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß zwischen England und Frankreich betrefis der Aretasfrage eine Verstimmung eingetreten ist. Die vier Schuttmächte gehen gemeinsam vor — wenigstens bis jetzt — doch ist es ein offenes Geheimnis, daß die Meinungen über die Schritte, die in nächster Zeit zu tun sind, auseinandergehen. Frankreich ist besonders ärgerlich darüber, daß England mit seiner Meinung nicht offen herausströmen will; ein französischer Politiker hat sich einem Korrespondenten des „Standard“ gegenüber über diesen Punkt folgendermaßen ausgelassen:

„Das Schicksal, das nichts Zufälliges mehr hat. Noch stärker als im Vortritt fühlen wir den Individualismus Rembrandt in seinen religiösen Bildern. Bis dahin waren die religiösen Bilder durch dogmatische Tradition ganz stark in ihrer Gestaltung festgelegt. Rembrandt löst diese Form, indem er den Vorgang so darstellt, als ob er überhaupt zum erstenmal in der Welt wäre, er befreit das religiöse Bild aus seinen kirchlichen Aggregatszuständen, ohne es aber dem Zufälligen zu überliefern.“

„In der Richtung dieser Freiheit liegt die individuelle Geschmähigkeit der Figuren Rembrandts. Jeder Zug des ähneren Daseins entspricht unbedingt dem inneren Dasein, in der Peripherie unseres Erscheinungslebens, bricht sich vorbestimmtes, und ohne Widerstand zu finden, das nicht erscheinende Zentrum aus.“

Dieses Problem also, das uns auf allen Gebieten bedrängt, daß das neue Dasein doch ein selbstmähiges sein könnte, hat die Kunst Rembrandts gelöst, soweit die Kunst eben Probleme lösen kann. Freiheit und Notwendigkeit sind hier in ganz besonderer Weise mit einander verschmolzen. Im Naturalismus und in der Konvention sind Freiheit und Notwendigkeit nicht zu finden, denn diese sind Siege der Seele über das stumpfe, bloße Dasein und das bloße Dasein ist weder notwendig, noch ist es frei. Alle große Kulturformen sind Kompromisse und zuletzt Einbeiten von Freiheit und Notwendigkeit. Unsere Zeit ist mit dem Naturalismus und der Konvention in Gegenfah geraten. Naturalismus und Konvention empfangen das Gesetz ihrer Bildung von außen, beide sind Abkömmlinge, der Naturalist schreibt die Natur ab, der Konventionalist schreibt die Skulptur ab, beides sind Kopisten gegenüber dem Schöpfer. Naturalismus und Konvention sind die Hege der beiden Mächte, die den modernen Menschen zu verpöhligen trachten. Im Menschen aber lebt etwas, was das Allgemeine des Naturalisten nicht erklären kann, der Individualismus u. s., der in der künstlerischen Produktion zum Ausdruck kommt, der Individualismus, den die Naturwissenschaft einseitig und die

Wir verstehen nicht die Haltung der britischen Regierung in der Aretasfrage; wir möchten nur zu gern wissen, ob das britische Konsulnämte Amt einer Annexion Aretas durch Griechenland geneigt ist und jetzt langsam den Weg vorbereitet; wenn wir klar wären, würden wir die Frage ohne Vorurteil prüfen, aber die Forderungen, die jetzt seitens der Mächte gestellt werden, können auf keinen Fall zu einer Beilegung der Differenzen führen. Nehmen wir an, daß die mohammedanischen Deputierten zu den Sitzungen der Aretasischen Kammer zugelassen werden und an den Debatten teilnehmen, so sollen sie sich zu Gesandtschaften äußern, die im Namen des Königs der Hellenen erlassen werden. Solange die Vorstellung, daß die Aretasische Griechenland die Untertanentreue wahren müssen, erhalten bleibt, handelt es sich eigentlich um nichts weiter als um eine nur schlecht verbüllte Annexion. Im Juli wird die griechische konstituierende Nationalversammlung zusammentreten und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß eine Anzahl Aretasier im Piräus landen werden, um sich im griechischen Parlament als Vertreter Aretas, „eines Teiles des griechischen Königreichs“, zu beanspruchen. Viele haben sogar die Absicht, bei dieser Gelegenheit die griechische Nationalität zu erwerben, was zu weiteren Verwicklungen führen dürfte. Solange man den Aretasern seitens der Schuttmächte gestatte, rebellische Akte dieser Art zu begehen, glauben diese, daß sie der Zustimmung Europas gewiß sind und der herausfordernde Kon, den die Aretasier jetzt sowohl den Mächten als der Türkei gegenüber annehmen, ist nur eine natürliche Folge der Forderung solcher Schritte vom Wege“. Wenn es sich nur um eine Frage der Oberherrschafft des Sultans handelte, so könnte man der ganzen Angelegenheit eine geringere Bedeutung beilegen; aber durch das Verhalten der Schuttmächte ist das ganze ottomanische Reich in einen Zustand der Erregung versetzt, der jederzeit die bedenklichsten Folgen haben kann. Hier in Paris stellt man jetzt die Frage, warum Großbritannien einer sofortigen und radikalen Lösung der freiziehigen Frage abgeneigt ist und auf Grund welcher verborgenen Beweggründe das britische Konsulnämte Amt augenblicklich handelt. Die vier Mächte haben feierlich versprochen, die Oberherrschafft des Sultans unter der Bedingung, daß die türkischen Garnisonen zurückgezogen würden, aufrecht zu erhalten. Welchen Vorteil verpricht sich nun England davon, daß es Aretas Griechenland überantwortet? Wird das englische Prestige auch nur um ein Jota vermehrt oder sein Handel um eine Tonne dadurch vergrößert, daß es auf die gefenneichnete Weise die Türkei vor den Kopf schlägt? Oder wird etwa Griechenland aus dem Wechsel Nutzen ziehen? Wer nur ein wenig mit griechischer Verwaltung vertraut ist, wird auf diese Frage eine verneinende Antwort geben. Stellt man die Frage „qui prodest?“, so lautet die Antwort, daß das jetzige Vorgehen Englands nur für die politischen Gegner der Tripelallianz von Nutzen ist und höchstens dem Ehrgeiz einer Handvoll standalstüchtiger Aretasier und griechischer Demagogen entgegenkommt, während auf der anderen Seite all die Sympathien, deren sich England, Frankreich und Rußland bisher bei der hohen Porte und bei den Mohammedanern der ganzen Welt erfreuten, zertrütert werden. Die Finanz- und Handelsinteressen Frankreichs in der Türkei werden empfindlich leiden und die Stellung unserer Konsulate daselbst wird ernstlich bedroht. Wir fragen uns, welches Äquivalent Griechenland für alles dies bieten kann. Die Politik der Aufrechterhaltung eines Status quo, der in Wirklichkeit nichts weiter als eine Annexion ist, kann nur den Gläubigen an die Schuttmächte erschüttern. Die jetzt Aretas gegenüber besagte Politik bietet keinen Vorteil für die Zukunft, sondern nur eine Reihe von Gefahren.“

Es herrscht allgemein die Ueberzeugung, — nicht allein in Frankreich —, daß tatsächlich Großbritannien in seiner Politik betrefis der Aretasfrage eine Schwächung vorgenommen hat und zwar führt man sie trotz des jüngsten Dementis doch weiter darauf zurück, daß der neue König von England, veranlaßt durch verwandtschaftliche Momente, energisch für den König der Hellenen eingetreten sei.

**Bayerische und Pfälzische Politik.**

Die Bormänns-Enzyklika und der schwarz-blau Blod in Bayern. a. München, 13. Juni. (Von unserem Korrespondenten). Wenn das bayerische Zentrum Wahlbündnisse schießt, dann muß diese, wie sie von sich sagt, unkonfessionelle Partei ihren Anhängern immer ein religiöses Motiv vorschützen. Als es von 1890 bis 1905 keine Bündnisse mit der Sozialdemokratie hatte, da lautete die Motivierung: „Die Sozialdemokratie ist ein Werk der göttlichen Vorsehung“. Man verstand bis weit in die zentrumgetreuesten Kreise hinein anfangs diesen Wahrspruch nicht; er wurde aber nach der Straßburger Katholikentagrede des Abg. Dr. Pöschel und des Berliner Zentrumsvorstandes Riesenper verständlich, der sagte, das Zentrum habe bei der Wahl 1906 den Verzicht (die Sozialdemokratie) auf der Jagd nach dem Teufel (den Liberalen) als Treiber benützt. Nun, die Sozialdemokraten, die sich für jene schöne Einschätzung bedanken können, und längst eingesehen haben, was mit jenem Kompromiß auf Jahre hinaus in Bayern angestellt wurde, werden das nächstmal vielleicht auch „Vorsehung Gottes“ spielen, aber umgekehrt wie 1905. Das Zentrum fürchtet denn auch die kommende Wahlkonstellation und hat sich, nachdem alle neuerlichen Ver-

Geschichts- oder Gesellschaftswissenschaft andererseits nicht feilschen kann. Innerhalb des Menschen lebt das neue Gesetz, aus dem neues Leben entspringt. Deshalb sagt Robin weit in die kulturelle Bedeutung hinein, gibt neue Hoffnung, daß es neue Geschmähigkeit innerhalb der Freiheit und Notwendigkeit gibt. Es ist die Selbstverantwortlichkeit, die ein festes Pfand für die Welt der Wirklichkeit und des Scheins in sich birgt.“

Zum Schluß dankte der Redner für die Aufmerksamkeit und Gastfreundschaft, das Publikum spendete seinerseits wieder Beifall für die inhaltsreichen, jeden Zuhörer anregende Ausführungen. n.

**Wirkungen des Blitzes.**

Die schwere Blitzkatastrophe, die am Sonntag in Berlin eine so große Anzahl Opfer gefordert hat, und die überaus zahlreichen Todesfälle, die überhaupt schon in diesem Sommer durch Gewitter verursacht worden sind, rufen uns die Wirkungen und die Wirkungen des aus der Wolke stürzenden Strohs in erschreckende Höhe. Todesfälle und Verletzungen durch Blitz erreichen durchschnittlich in Deutschland alljährlich die Zahl von hundert. Besonders werden Menschen, die sich im Freien aufhalten, davon betroffen. Die Erschütterungen, die der Blitz im menschlichen Organismus hervorruft, sind von furchtbarer Gewalt, und wenn nicht der sofortige Tod eintritt, so bleiben zumeist schwere Verletzungen zurück. Wie plötzlich der Schlag durch den Körper fährt, läßt sich daraus erkennen, daß die vom Blitz getroffenen meist unverändert in der Lage, die sie vor dem Tode hatten, und ohne irgend welche Verletzungen aufgefunden werden. Doch sind die Wirkungen des Blitzes nicht selten auch leichter Art. Häufiger verlesen Blitze nur die Haut und rufen Hautunterlaufene Mitle hervor; in anderen Fällen werden die Knochen selbst durch den Schlag zerbrochen. Oft fangen die Kleider der

rufe an die Sozialdemokratie vergeblich gelieben sind, zeitig nach neuen „Treibern“ umgesehen; diesmal sind es die Konfessionen und der Bauernbund. Die Mitotoren dieser Partei haben bei den letzten Wahlen dem Zentrum nicht weniger als die gerühmte Abstammung von den Thorsätern vorgeworfen, ein böses Wort, das von den Anhängern der monopolisierten christlichen Partei noch nicht vergessen ist. Um so notwendiger ist, da der Hauptbestand der Konfessionen-Bündler zudem protestantisch ist, eine neue Parole, und wenn sie ziehen soll, muß sie wieder religiöses Gepräge tragen; sie lautet: „Und verbindet die gemeinsame christliche Weltanschauung!“

Als diese Parole geprägt wurde, da schlammerte die Bormänns-Enzyklika noch im Schoße des Vatikan, und man konnte damals nicht voraussehen, daß die römische Unfehlbarkeit eines Tages über die Reformation und den Protestantismus anderer Anschauung sein könnte, als es dormalen das bayerische und auch das deutsche Zentrum ist. Dermalen! Denn zu Zeiten anderer politischer Verhältnisse ging man mit den christlichen Glaubensbrüdern durchaus nicht so um, daß man an die „gemeinsame christliche Weltanschauung“ denken konnte. Rom, das sich nämlich von der politischen Aretasie weniger dirigieren und kritisieren läßt wie etwa der bayerische Bischof, hat im Bewußtsein seiner Unfehlbarkeit und ohne vorherige Anfrage beim Zentrum seinem Gedankenlang freien Lauf gelassen, was der „gemeinsamen christlichen Weltanschauung“ einen schlimmen Stoß versetzt hat, zum Schreden der politischen Führer im Zentrumswie im konservativen Lager. Man ist in protestantisch-konservativen Kreisen irre geworden, und nun helfe, was helfen mag! Den Ausweg hat der Christliche aller Konservativen, der Führer der Freien Vereinigung im Landtag, Abg. Beck, Mitglied der protestantischen Kirchenynode, gefunden; er legt allen Ernstes die Enzyklika einfach als ein Pronunciamento gegen — die Juden und den Hanfabund aus. Ein klassisches Beispiel, was der politische Fanatismus und der Mamierte Führer an Sprachverwirrung anrichten können: Der eifrige Anhänger des Evangelischen Bundes ein Verteidiger der die Reformation verunglimpfenden päpstlichen Enzyklika!

Man sieht, Herr Beck hat in der politischen Schule des Zentrums schon Erledigtes gelernt. Und da sollte man dem Dichter jenes in der Wogen des Ratsberges bei Erlangen recht viel gelungenen Schnaderhüpfels nicht recht geben, der den bekannten Zentrumsabgeordneten Seod und den protestantisch-orthodoxen Gutsherrn von Ratsberg folgendermaßen gegenüberstellt:

„Und vom Ratsberg der Beck Ist so schwarz wie der Speck!“

**Aus Stadt und Land.**

Mannheim, 14. Juni 1910.

**Einige interessante Grundbuch-Mitteilungen über die Fasaneninsel.**

Im Hinblick auf die am letzten Freitag infolge einer freundlichen Einladung des Herrn Geh. Kommerzienrats Reich stattgefundene Besichtigung der Fasaneninsel durch den Bürgerausschuß dürften folgende Mitteilungen über die Fasaneninsel aus dem Grundbuch von allgemeinem Interesse sein.

**I. Fasaneninsel.**

Grundstück des Herrn Geh. Kommerzienrats Reich.

	Steuerwert
1. Zgb.-Nr. 16 804 — 37 ha 16 a 18 qm	M. 72 919
2. Zgb.-Nr. 16 805 — 44 ha 48 a 95 qm	M. 108 262
mit Gebäudeflächen	
3. Zgb.-Nr. 16 806 — 17 ha 69 a 63 qm	M. 41 966
zusammen 99 ha 34 a 76 qm M. 223 139.	

**II.**

Zur Vergleichung sei hier die lagerbuchmäßige Beschreibung des Redarauer Waldes\* jetzt Waldparz. Zgb.-Nr. 16 800, beigefügt:

Wald	96 ha 36 a 30 qm
Wege	21 a 24 qm
Wasser	3 ha 87 a 72 qm
zusammen 100 ha 45 a 26 qm	

Der Steuerwert ist auf 138 400 M. veranschlagt. Ein grundbuchmäßiger Eigentumsnachweis für die Gemeinde Redarau bezüglich dieses Grundstücks fehlt im alten Grundbuch Redarau; im Wege des allgemeinen Aufgebotsverfahrens (s. Verzeichnis II) ist das Grundstück am 15. September 1899 auf die Stadtgemeinde Mannheim überschrieben worden.

**III.**

Auch für die Fasaneninsel findet sich im alten Grundbuch Redarau der ursprüngliche Erwerbssnachweis nicht; der älteste

Getroffenen Feuer, dann wieder bleiben sie völlig unberührt, während der Körper selbst ganz verkohlt ist.

Camille Flammarion, der ein umfangreiches Tatsachenmaterial über die „Lanzen des Blitzes“ zusammengedrückt hat, berichtet von zwei ganz verschiedenen Wirkungen, die beide im Jahre 1904 eintraten. Am 16. September wurde der Abbé Ritter bei einem Ausflug auf den Hügel-Rain vom Gewitter überrollt. Mit Mühe erreichten er und seine zwei Begleiter einen Unterschlupf, als plötzlich ein Blitzstrahl herniederzuckte, von dem der Abbé getroffen wurde, während seine beiden Genossen unversehrt blieben. Der Geistliche lag in seiner Soutane am Boden, Scheibar nur betäubt; als man aber Wiederbelebungversuche anstellte, fand man, daß der Tod eingetreten war; während die Soutane keine Spuren des Blitzes zeigte, war das Hemd völlig verbrannt. Am 6. August dazogen wurde der Pächter Henri Vandebolt in Beverst in Belgien morgens früh um 6 Uhr im Bett vom Blitz getötet und die Leiche auf den Anhöhen geschleudert. Der Anstößliche war von Kopf bis Fuß verbrannt, aber sein Dem zeigte nicht die geringsten Brandspuren. Eine wichtige Eigenschaft des Blitzes ist auch seine magnetische Wirkung, durch die oft Messer, Nadeln oder eiserne Geräte, die die vom Blitz Getroffenen bei sich tragen, magnetisch gemacht werden. Gewöhnlich rufen Blitzschläge, die nicht den Tod herbeiführen, schwere nervöse Störungen, Schwüngen einzelner Körperteile und ganzer Körperhälfen, Krämpfe, Neuralgien, Schwerhörigkeit oder Blindheit hervor.

Doch führt der französische Gelehrte Arago einige Fälle an, in denen vom Blitz getroffene Personen, nach Heilung von einigen leichten Krankheitserscheinungen, die sie dadurch erhalten hatten, eine Verbesserung ihres Gesundheitszustandes empfanden, z. B. vom Rheumatismus getroffen wurden. Häufiger treten auf der Haut eines vom Blitz getroffenen Körpers die sogenannten Blitzfiguren auf, strichförmige Abtungen, deren

Eintrag datiert vom 29. November 1890; in Band 19 Seite 373 Nr. 133 ist ein Auszug aus der Vermögensverteilung auf Ab-

Leben der Frau Witwe des gewissen hurgaldischen General-Lieutenants Freiherr Nikolaus Kasimir von Herding, Josepha Ursula Maria von Herding, geborene Gräfin von St. Martin vom 24. Juni 1850 eingetragen; es heißt hier:

Die zur Redarauer Gemarkung gehörigen Rheininseln — welche einen Bestandteil der Erbmasse der Frau von Herding ausmachen — fielen Ihrer Durchlaucht der Frau Fürstin Maria Magdalena von Hensburg Vircheim geborene Gräfin von Herding erbe, eigentümlich zu.

Am Schluß bemerkt der Gemeinderat Redarau:

Vorliegender Eintrag wurde auf Verlangen zum künftigen Gebrauch bewahrt.

Nach dem Eintrag im alten Grundbuch Redarau Band 21 Seite 208 Nr. 76 vom 16. Juni 1860 ist die Rheininsel auf Ab-

Leben der Fürstin von Hensburg auf deren einzige Erbin, die Frau Gräfin Luol-Schauenstein, Prinzessin zu Hensburg Vir-

stein, übergegangen.

Nach dem Eintrag im alten Grundbuch Redarau Band 21 Seite 574 Nr. 168 vom 17. Mai 1861 hat der Gemeinderat Redarau in Gemäßheit des Beschlusses Großh. Amtsrevolutions-

Schweigen vom 3. Mai 1861 auf Grund eines vom Großh. Stadtmag. -Revisorat Mannheim gefertigten Auszugs aus den Inventur- und Teilungskonten auf Ableben Ihrer Erzzeltern der Frau Carolina Gräfin von Luol-Schauenstein geborene Prin-

zessin Hensburg-Virstein die sog. Redarauer Rheininsel auf Frau Josephine geb. Gräfin von Luol-Schauenstein, Gemahlin des k. k. österreichischen Kommerzien- und Befanden in Homburg, Herrn Gustav Grafen v. Blome

zu Alleineigentum übertrugen.

In diesem Grundbucheintrag ist die Rheininsel wie folgt beschrieben; sie besteht

a. in dem sog. Kleinen Wannwörth,

b. in dem sog. großen Wannwörth,

c. in dem sog. großen Kalkwörth,

alle drei zusammen mit 200 Mg. 97 Rh.

d. in dem sog. Krappwörth 20 Mg. 854 Rh.

e. in dem sog. Prinz Karl-Wörth 29 Mg. 350 Rh.

Summo: 251 Mg. 10 Rh.

morunter 9 Mg. Wiesen auf dem Kleinen und 9 Mg. Wiesen auf dem großen Wannwörth, während alles Uebrige sog. Rheinwaid ist. Auch befindet sich auf dem sog. großen Wannwörth ein von Stein erbautes Waldhüterhäuschen.

Am Schluß des Eintrags heißt es:

Der Gemeinderat hat seinen Anstand genommen, diesen Eintrag zu bewirken und dadurch den Uebergang des Eigentumsrechts an betreffende Eigenschaft, wie es der bisherige Eigen-

tümer besessen, offenkundig zu machen.

Nach dem Eintrag im alten Grundbuch Redarau Band 22 Seite 447 Nr. 185 vom 24. Juli 1863 hat die letztgenannte Gräfin Josephine von Blome die Grundstücke an den Grafen Erich von Sparre-Croneberg, genannt von Bettendorf in Karlsruhe um den Preis von 60000 fl. verkauft.

Lehterer hat sie laut Eintrags im alten Grundbuch Redarau Band 22 Seite 311 Nr. 65 vom 14. Juli 1891 an die Herren Simon Hartogensis, Konsul und Karl Reiß, Konsul um den Preis von 100000 M. verkauft.

Nach Eintrag im alten Grundbuch Band 34 Seite 610 Nr. 100 vom 21. Mai 1895 wurde die Gemeinshaft ange-

hoben und die Grundstücke gingen auf den jetzigen Eigentümer, Herrn Geh. Kommerzienrat Karl Reiß, über.

Die Eingemeindung der Rheininsel nach Mannheim.

Den Rheinauer Mitgliedern des Sodenheimer Bürgeraus-

schusses ist von der Loktrennungskommission folgen-

des Schreiben zugehelt worden:

Ingersicht des neuerdings so überaus unerfreulichen Verlaufs der Verhandlungen wegen der Loktrennung der Rheininsel von Sodenheim haben sich die unterzeichneten Rheinauer Mitglieder der Loktrennungskommission, sowie die derselben nicht angehö-

rende Gemeinderäte am 1. Juni 1910 nach Karlsruhe ins Ministerium des Innern begeben, um Seiner Erzzeltern dem Minister Freiherr von und zu Bodman direkt die Rheinauer Wünsche vorzutragen.

Weber diese Audienz möchten wir hiermit den Rheinauer Bürger-

auschmittgliefern Bericht erstatten umso mehr, als nach einer Zeitungsnotiz der Minister sich dahin geäußert haben soll, er werde sich der Sache gelegentlich annehmen, was nicht zu-

trifft; im Gegenteil hat derselbe sein persönliches Ein-

gezeihen in Aussicht gestellt, sobald es ihm mit Rücksicht auf die Tagung des Landtages möglich sein werde.

Zunächst gab Herr Stadthalter Böllner eine Uebersicht über den jetzigen Gang der Verhandlungen und über die Gründe, die neuerdings zu deren Scheitern geführt haben. Er betonte, daß es so unmöglich weitergehen könne, wenn nicht die Interessen der Rheininsel auf Empfindliche geschätzt werden sollten. Hierauf wurden die einzelnen Punkte vorgetragen und insbesondere dar-

auf hingewiesen, daß die Kanalisation unmöglich noch weiter verzögert werden könne, wenn nicht Mithände der bedenklichsten Art eintreten sollen, für welche die Rheinauer Gemeindevertretung jede Verantwortung ablehnen müsse. Eine befriedigende Lösung der Kanalisationsfrage erhebe nur im Anschluß an die Man- nhejmer Kanalisation möglich, ein solcher Anschluß

konturen sich zu einem Gesamtbild zusammenfügen lassen, in dem man offenkundig Vergleichen und Berücksichtigen, wie etwa das komplizierte Flußsystem einer Landkarte, erkennen kann. Durch einen Mißschlag wird manchmal die ganze Be-

haarung des Körpers zerstört. Ein markantes Bei-

spiel ist das des Freppentlapisins Ribouet, der am 22. Fe-

bruar 1813 auf seinem Schiff einen Mißschlag erhielt und dadurch für immer seine Haare, Wimpern, Augenbrauen verlor, während sich keine Nägel im folgenden Jahr in Schuppen ablösten. Nach eine ganze Reihe anderer Fälle sind bekannt, in denen durch den Miß-

schlag eine völlige Enthaarung eintrat.

Der Miß hat auch die Wirkung, Metall zu schmelzen; bisweilen schmilzt er sogar ganz beträchtliche Massen, z. B. lange Eisen-

ketten. Meistens aber sind es nur kleinere Gegenstände, und da-

bei zeigen sich allerlei neuliche Formen dieses gefährlichen Robo-

des. So schmolz z. B. der Miß am 1. Juni 1809 in einem Mäd-

chenpensionat in Pordang eine goldene Kette ein, die eine der Damen des Pensionats am Hals trug. Er hinterließ eine schwarze, gesohnte Linie, die sich aber bald verwischte. Die vom Miß getroffene Dame erwachte nach sechs Stunden, ohne irgend-

welche Schmerzen zu verspüren. In einem anderen Fall stritten zwei Damen ruhig; der Miß nimmt ihnen einfach die Stricknadeln fort. Bei einer Abendgesellschaft streckt eine Dame während des Bewälters den nackten Arm zum Fenster hinaus; ein leuchtendes Miß raubt ihr das Armband. Andere seltsame Kunststücke des Mißes sind es, wenn er einem Trinker im Wirtshaus den Becher aus den Händen reißt und auf den Hof schleudert, einem Reiter die Reitpeitsche aus der Hand schmettert, oder einem jungen

fel aber nur nach erfolgter Eingemeindung denkbar. Eine selbst-

ständige Kanalisations-Anlage werde viel teurer und ungewö-

hnlicher sein. Außerdem sei zu befürchten, daß die Gemeinde Sodenheim zur Ausführung der Kanalisation jenseits, noch Jahre vergehen und unterdessen Tausende von Mark für unnütze Pläne und Projekte verausgabt werden, wie dies bisher der Fall ge-

wesen sei.

Daß die elektrische Bahn nach Mannheim, die eine Lebensfrage für Rheinau ist, im Falle der Eingemeindung als-

halb erfüllt werden könne, sei ebenso fraglos, wenn es auch den Anschein habe, als ob vor der Eingemeindung die Schwierigkeiten nicht zu beheben seien. Die Kommission brachte ferner zur Sprache, daß die ablehnende Haltung von Sodenheim gegenüber berechtigten Wünschen von Rheinau eine große Erbitterung in dem Redarauer Rheinauer hervorgebracht habe und damit gerechnet werden müsse, daß in der Gemeindevverwaltung von Sodenheim zwischen den Sodenheimern und Rheinauer Mitgliedern neuerdings eine solche Störung aufkommen werde, wie sie bereits vor einigen Jahren bestanden hat und damals dazu führte, daß der Bürger-

meister von der Regierung eingekerkert werden mußte.

Die Kommission gab des weiteren ihrer Meinung Ausdruck, daß eine gedeihliche Entwicklung von Rheinau nur im Anschluß an die Stadt Mannheim möglich sei und, daß es auch im Interesse des badischen Staates liege, eine Kon-

kurrenz zwischen den Häfen Mannheim und Rheinau auszu-

schalten und dahin zu wirken, daß diese beiden badischen Häfen gemeinsam die Konkurrenz gegen andere bestehenden und noch aller-

dings entscheidenden neuen Hafenanlagen aufnehmen soll, ins-

besondere die Konkurrenz gegen Ludwigshafen. Dabei wurde hervorgehoben, daß nach Ansicht der Kommission die von Herrn Oberbürgermeister Martin bei der Besprechung vom 10. Mai 1910 aufgestellten Forderungen für die Eingemeindung von Rheinau als jedermännlich und durchaus nicht zu weit gehende bezeichnet werden müßten.

Der Herr Minister, welcher die Kommission auf das Lebens-

würdigste empfing, gab die Versicherung ab, daß ihm das Wohl-

ergehen von Rheinau sehr am Herzen liege und er gerne dazu beitragen werde, um eine befriedigende Lösung der allerdings schwierigen Frage herbeizuführen. Er versprach, sich alsbald per-

sönlich der Sache anzunehmen und gab zu, daß auch er einen An-

schluß an Mannheim für die richtige Lösung halte und die Kanalisationsfrage für äußerst dring-

lich betrachte. Bei dieser Sachlage dürfen wir hoffen, daß durch unseren Fleiß die Loktrennungs-Angelegenheit in ein anderes Fahrwasser gerät, da nunmehr der Herr Minister die Rheinauer Frage selbst behandeln wird. Diese Hoffnung er-

scheint uns umso begründeter, als die Loktrennung der Rheinau auch von Seiten der überwiegenden Mehrzahl der Sodenheimer Bürger gewünscht, ja sogar herbeigeseht wird und nur über die Abgrenzung eine Einigung nicht erzielt werden konnte.

Deshalb möchten wir zum Schluß noch feststellen, daß bei dem letzten Beschlusse der Stadt Mannheim der von Sodenheim abzu-

zutrennende Teil der Gemarkung rund 802 Hektar betragen soll, während Sodenheim nur rund 602 Hektar abgeben will. Die Dif-

ferenz beträgt somit rund 200 Hektar, worunter 71 Hektar 18 Ar 03 Cm. Gemeindegut und hierin rund 66 Hektar Wald enthalten sind. Die Sodenheimer behaupten und das Bezirksamt unter-

stützte diese irrige Ansicht, daß, wenn sie den Mannheimer Vor-

schlag annehmen, die Gemeinde Sodenheim nicht mehr lebens-

fähig sei. Die Ansicht ist aber nicht haltbar, denn aus den fruchtigen 200 Hektar Gelände fließen noch keine 500 Kubik Umlagen in die Gemeindefasse, während für die Unterhaltung des Waldes, der Schwege etc. ein größerer Betrag erforderlich ist.

Die Gemeindefasse hat also keinen Schaden, wenn diese 200 Hektar mehr abgetrennt werden, eher einen kleinen Vorteil. Auch die Holzgärten der Sodenheimer Bürger werden nicht geschädigt werden, weil dieser Teil des Sodenheimer Waldes noch ziemlich jung und kaum ertragsfähig ist. Die Sodenheimer inkultieren eben darauf, mit diesem Gemeindegut später einmal ein so gutes Geschäft zu machen, wie zum Beispiel beim Verkauf des badischen Tisches, aber diese Hoffnung dürfte sich als trügerisch erweisen, denn der Wald ist so abgelegen, daß derselbe jedenfalls auf Jahrzehnte hinaus kein begehrtes Objekt für die Spekulation sein wird. Bis einmal an Stelle dieses Waldes Wohn- oder Fabriksiedel entstehen, wird die Gemeinde Sodenheim längst ihre Selbstständigkeit eingebüßt haben.

\* Zur Silberhochzeit des Großherzogspaares. Das Präsidium des Militärvereinsbundes hat die Weisheit für den aus Anlaß der silbernen Hochzeit des Großherzogspaares für den 26. Juni in Karlsruhe geplanten Landesfesttag bis zum 20. Juni verlängert. Die Wanderverbandsvorsitzenden sind beauftragt worden, die Mitglieder zur größten Beteiligung an dem Landesfesttag nochmals aufzufordern. — Das Landesgewerbeamt wird aus Anlaß der silbernen Hochzeit des Großherzogspaares im September in den Räumen der Landesgewerbehalle eine Spezialausstel-

lung von elektrisch betriebenen Einrichtungen für Kleingewerbe, Sandmühlengüter und Haushalt veranstalten.

\* Prüfungsgebühr für die Teilnahme an der Prüfung für den mittleren nichttechnischen Eisenbahndienst hat der Ge-

heiß aufgrund einer ministeriellen Verordnung künftig 20 M. zu entrichten.

\* Zuwiderhandlungen gegen die Landesstrafgesetze. Im Großherzogtum Baden ist im Jahre 1909 in 8614 Fällen das Straf-

verfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen die Lan-

desstrafgesetze eingeleitet worden. Erledigt wurden (ein-

schließlich der aus dem Vorjahre rückständigen Prozesse) 874 Fälle, von denen 506 mit Freisprechung, 226 mit Verurteilung zu Hinter-

ziehungsstrafen im Gesamtbetrag von 406 031,24 M., 2393 mit Verurteilung zu Ordnungstrafen im Gesamtbetrag von 13 105,40 Mark und 1023 mit Erteilung von Verwahrungen endigen.

Mädchen, das vor der Nähmaschine sitzt, die Schere einführt, sie selbst herumwirbelt und auf die Maschine setzt.

Am 22. Juli 1898 wurde ein Reisender in Mantel auf dem Quai vom Miß eingehüllt. Der Strahl löst durch die Leber-

licht in sein Portemonnaie und hinterläßt dort folgende Wir-

kung: er schmilzt eine feine Silbermünze, einen Frankstück und bedeckt mit diesem Silber die beiden Seiten eines Jahnfrankstücks. Sonst tut er keinen Schaden. Während das Metall als guter Lei-

ter leitend wirkt, zertrümmert der Miß schlechte Leiter oder schleudert sie weithin fort, bisweilen mit ungeheurer Kraft. So tat ein Mißschlag am 6. August 1809 in der Nähe von Manchester eine Regelmanner, die 26000 Kgr. wog, eine Entfernung von 2 Meter weit fortgeführt.

Welch eine Verwirrung der Miß anrichten kann, ohne ernst-

haft zu schaden, bewies der Strahl, der am 25. November 1904 in Malo-Centre bei Düren in die kleine Villa des Haupt-

manns Clarel einschlug. Der Miß zertrümmerte zwei Schorn-

steine und einen Balken und drang dann, ohne irgend welche Flammen zu erzeugen, in den Salon ein, in dem sich der Haupt-

\* Versammlung. Am letzten Samstag fand im Schützenhaus eine ziemlich stark besuchte Versammlung statt mit der Tages-

ordnung: Eine definitive Planlegung und Umlegung in ge-

richtigen Verlauf der Verhandlungen referiert hatte, wurde einstim-

mig beschlossen, ein entsprechendes Gesuch an den verehr. Stadtrat zu richten mit der Begründung, daß die raschmögliche Er-

schließung von Hauptplätzen allgemein als dringend er-

achtet wird, da eine weitere Verzögerung die Schaffung von billigen Hauptplätzen illusorisch macht.

\* Zum Tode des Herrn Kommerzienrats Emil Mayer. Neben den zahlreichen Verdiensten des Herrn Kommerzienrats Emil Mayer die anlässlich seines Hinscheidens mit Recht auf wärmste gewürdigt worden sind, verdient eine Seite seines gemein-

nützigen Wirkens noch ganz besonders hervorgehoben zu werden, nämlich seine tatkräftige Sorge um die Hebung der Volk-

bildung. Anlässlich seines 60. Geburtstages stellte Herr Emil Mayer der Gemeinde Sandhausen bei Heidelberg die Mittel zur Errichtung einer Gemeindebibliothek zur Verfügung und beauftragte zugleich eine sachkundige, bibliografisch erfah-

rene Persönlichkeit mit der Auswahl geeigneter Bücher und der Ausarbeitung eines zweckmäßigen Katalogs. Indem der Stifter mit seiner Sandhausener Gründung nicht bloß die in seinen dar-

igen Stablissemens beschäftigte Arbeiterwelt bedachte, sondern die Bibliothek als Gemeindebibliothek für jedermann zugäng-

lich machte, hat er auf diesem Gebiete bahnbrechend gewirkt. Die Gemeindebibliothek Sandhausen ist unseres Wissens die erste allgemeine Dorfbibliothek unseres engeren Vaterlandes. Daß Herr Kommerzienrat Emil Mayer auch die diesige Volksbibliothek seit ihrer Gründung als Mitglied des Vorstandes mit Rat und Tat eifrig unterstützte und insbesondere seine reichen kaufmännischen Erfahrungen durch stän-

dige Präsenz der Rechnungsführung in den Dienst dieses Instituts stellte, möge dem edlen Verbliebenen ebenfalls unbergessen bleiben.

Vom badischen Landtag.

Abänderung der Gemeinde- und Städteordnung.

J. W. Karlsruhe, 14. Juni.

Verdächtig sei vorweg bemerkt, daß gestern nur der dem Berichterstatter Abg. Dr. Koch zugewiesene Abschnitt des Gesetzentwurfes erledigt wurde. Heute wurde der Abschnitt des Berichterstatters Abg. Kopf erledigt. Morgen wird der Teil zur Beratung kommen, der dem Abg. Dr. Frank als Berichterstatter zugewiesen ist.

Die Abstimmung über die verschiedenen, oft dasselbe be-

zweckenden, oft entgegengesetzten Anträge war nicht leicht. Ein und wieder entstand ein riesiges Durcheinander und ein-

mal mußte sogar eine Abstimmung wiederholt werden, da sich das Haus selbst nicht im Klaren war.

Zuerst wurde verhandelt über drei Anträge, die die direkte Wahl der Bürgermeister und Gemeinderäte bezweckten. Der Minister v. Bodman erklärte nochmals, daß diese An-

träge für die Regierung unannehmbar seien, falls dieselben zum Beschluß erhoben würden, so wäre das ganze Gesetz ge-

fährdet. Nach dieser Erklärung wurde die Sitzung eine kurze Zeit ausgesetzt, um den Fraktionen nochmals Gelegenheit zur

Verprechung zu geben. Nach Wiederaufnahme der Sitzung zog die Antragsteller ihre Anträge zurück, um den guten Willen zu zeigen, daß das Gesetz zustande kommt. Der Minister pries das als eine staatsmännische Einsicht.

Ein Antrag, daß die Gemeinderäte bzw. Stadträte auf 6 Jahre gewählt werden sollen, und das Amt eines Bürger-

auschmittgliedes bzw. Stadterordneten 6 Jahre dauern soll, wurde nach kurzer Debatte, nachdem auch der Minister sich dagegen wandte, zurückgezogen, da seine Aussicht auf An-

nahme bestand. Es blieb also bei der Kommissionsfassung, die auf halbjährige Erneuerung lautet.

Ein Antrag auf Beilegung der Klostervwahl wurde mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und der Volks-

partei abgelehnt. Die Beschaffung an Stelle der bisherigen Zwölftelung wird angenommen. Die Frage, ob freie, ob gebundene Listen, erforderte wieder eine längere Debatte. Der Beschluß lautete schließlich auf gebundene Listen in ihrer strengsten Form.

Angenommen wird dann ferner der Kommissionsantrag, daß die Amtszeit der Bürgermeister 4 Jahre betragen soll.

Der letzte behandelte Punkt betraf den Antrag des Zentrums, den Kommissionsbeschluß anzuhängen, wonach der Stadtrat gebalten sein soll, die im Bürgerauschluß mit Zwei-

drittelmehrheit gefassten Beschlüsse auszuführen. Hier hatte die Regierung durch den Minister erklärt, daß, wenn der Kommissionsbericht ausreicht erhalten würde, das Gesetz ge-

fährdet sei, da der Beschluß für die Regierung unannehmbar ist. Dieses wiederholte der Minister heute mit aller Ent-

schiedenheit. Es handelte sich hier um eine grundsätzliche Frage. Trotzdem lehnte der Großhauf den Antrag des Zentrums ab und erhob einstimmig den Kommissionsantrag zum Beschluß. Damit wäre also die erste Schwierigkeit des Ge-

setzes gegeben. Die Erklärung der Regierung und der Be-

schluß des Hauses stehen sich diametral gegenüber. Ob die Regierung hier nachgeben wird, oder ob sie wegen dieses Punktes das Gesetz scheitern läßt, ist noch nicht zu sagen. Nach der wiederholten entscheidenden Erklärung des Ministers ist auch das letztere zu befürchten. Unberuhigende Gerüchte wollen das auch als sicher wissen. Eine definitive Erklärung wird nach Schluß der Beratung zu erwarten sein.

Die Fortsetzung der Beratung findet morgen früh neun Uhr statt.

Badischer Landtag.

2. Kammer. — 95. Sitzung.

J. W. Karlsruhe, 14. Juni.

Der Präsident eröffnet kurz nach 9½ Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch sind anwesend: Minister des Innern, Hr. v. Bodman und Reg.-Rat Kamm.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Spezialbera-

tung des Gesetzentwurfes, die Abänderung der Gemeinde- und Städteordnung betr.

Sekretär Abg. Köhlin gibt dem Hofe die neuen Ein-

gänge bekannt, eine Petition und ein Schreiben des Ministers des Gr. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten mit dem Gesetzentwurf, die Verlegung der Landesgrenze zwischen der badischen Gemarkung Redararbischofsheim und der hessischen Gemarkung Helmhof betr., nebst Allerhöchsten Kommissorium.

Dieser Entwurf wird der Kommission für Justiz und Verwaltung überwiesen.

Derelben Kommission wird auch der der Ersten Kammer vorgelegte Entwurf eines Ergänzungsgesetzes zum Ortsstufen-gesetz überreicht.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Präsident Mohrhardt: Zu Artikel III § 1 sind mehrere Anträge eingegangen.

Abg. Dr. Vogel-Rostatt (Sp.) begründet den Antrag auf direkte Wahl der Gemeinderäte und führt aus: Die Gemeinden haben bei der direkten Wahl große Vorteile. Der Minister hat vor Jahren selbst einmal die direkte Wahl als erstrebenswert bezeichnet. Heute stehen viele Gemeinden, nicht alle, unter dem Einfluß der Interessen der Gemeinderäte. Das muß beseitigt werden.

Abg. Schmidt-Singen (natl.) begründet den Antrag auf direkte Wahl der Bürgermeister bei Gemeinden bis 4000 Einwohner. Wenn wir den Antrag stellen, so ist das ein Zug der Zeit. Früher waren wir Gegner der direkten Wahl. Heute sind die Wähler reifer geworden. Die Fortsetzung bildet jetzt einen Programmpunkt unserer Partei und stellen daher den Antrag. Nicht aber wollen wir das Gesetz gefährden.

Abg. Säckling (Soz.) beantragt ebenfalls die direkte Wahl für die Bürgermeister und Gemeinderäte für alle Gemeinden.

Minister v. Bodman: Ich bitte die Anträge abzulehnen. Ich habe schon gesagt, daß sie für die Regierung unannehmbar sind. Das Bedürfnis auf Erweiterung der Wahl liegt nicht vor. Unsere Bürgermeister sind durchaus ihrer Aufgabe gewachsen, ihre Arbeit wird immer schwieriger. Sie bedürfen eine gründliche Vorbildung. Diese Vorbildung wird viel besser geprüft werden können im Bürgerausschuß als in der Bürgerschaft. Bei der direkten Wahl treten steigende Beanspruchungen und Aufregungen in der Bürgerschaft ein. Weisheitsprozesse und Beleidigungsprozesse wären die Folge. Mancher Bürgermeister hat ein Jahresgehalt von 2000, um durch die Veranstaltung eines Trinkgelages die Zufriedenheit seiner Wähler zu erringen. Alle diese Unzulänglichkeiten haben sich schon jetzt bei der direkten Wahl in den Gemeinden bis zu 2000 Einwohner ergeben. Das Entscheidende für die Regierung ist, daß nicht der Bürgermeister der erste Mann ist, der die Geschäfte zu führen hat, sondern er ist auch mittelbarer Staatsbeamter. Die Regierung kann aber die Erledigung von Staatsgeschäften nicht der Waffe übertragen. Das wäre aber der Fall bei der direkten Wahl. Ich kann also nur wiederholen, daß, wenn sie die Anträge annehmen, das Gesetz gefährdet. Die Regierung ist bei der 1/2 Mehrheit entgegengekommen. Hier muß sie fest bleiben. Es ist doch wichtig, daß grundlegende Bestimmungen nicht alle paar Jahre geändert werden.

Abg. Säckling (Soz.) beantragt, den Punkt an die Kommission zurückzugeben zur nochmaligen Beratung. Abg. Kopf (Str.) spricht sich gegen eine Zurückverweisung aus. Es wird zwecklos. Man kann ja die Beratung über diesen Punkt aussetzen.

Abg. Säckling (Soz.): Ich ziehe meinen Antrag zurück. Abg. Rehmanna (natl.): Auch wir halten eine Zurückverweisung für zwecklos.

Abg. Lehrenbach (Str.) beantragt, auch die Beratung über diesen Punkt auszusetzen.

Abg. Kolb (Soz.) spricht sich dagegen aus. Der Antrag auf Aussetzung wird abgelehnt. Die Beratung beginnt also sofort.

Abg. Schmund (Str.) Die Nationalliberalen sind es, die 1800 die direkte Wahl abgeschafft haben. Heute erklärt der Abg. Schmidt, es ist eine programmatische Forderung. Durch den Antrag wird, wie ich schon sagte, die Regierung erklärt, das Gesetz ernstlich gefährdet. Wir werden also gegen den Antrag Schmidt stimmen, aber für die direkte Wahl der Gemeinderäte.

Abg. Kolb (Soz.): Ich kann den Einwand des Ministers nicht als stichhaltig anerkennen. Das sind Einwände, die die Praxis widerlegt. Das Volk politisch erziehen kann man nur, wenn man die Rechte erweitert. Andere Länder sind schon vor 30 Jahren weiter gewesen, wie wir heute. Die Worte des Ministers sind nicht von Hochachtung für die Rassen erfüllt. Das wird immer anders, wie es sich um eine Verteilung des Landes dreht. Wir machten uns lächerlich, wenn wir glaubten, daß die Masse nicht einmal einen Bürgermeister wählen könnte.

Abg. Rehmanna (natl.): Ich beantrage, die Sitzung auf 1/4 Stunde zu unterbrechen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich nach der Erklärung des Ministers zu besprechen. Dies wird beschlossen.

Nach der Wiederansage der Verhandlung nimmt der Abg. Rehmanna (natl.) das Wort und erklärt, daß die natl. Partei den Antrag zurückzieht.

Abg. Kolb (Soz.) zieht den Antrag Säckling zurück.

Abg. Dr. Vogel-Rostatt (Sp.) zieht seinen Antrag ebenfalls zurück.

Minister v. Bodman: Gestatten Sie mir ein Wort des Dankes für diesen gewiß nicht leichten Entschluß. Aber es ist wahrhaft staatsmännlich. Ich muß dann noch zurückweisen, daß ich von der Masse verächtlich gesprochen habe, wie der Abg. Kolb sagte.

Darauf wird die Kommissionssitzung des § 11 Art. 3 angenommen.

Abg. Reumirch (natl.) begründet den Antrag: Artikel 3 § 1 Ziffer 3 und § 2 Ziffer 2 des Kommissionsvorschlages solle abgeändert werden wie folgt: § 18 Ziffer 1. Die Gemeinderäte bzw. Stadträte werden auf 6 Jahre gewählt. Artikel 3 § 1 Ziffer 6 und § 2 Ziffer 5, § 20 Ziffer 1 solle abgeändert werden wie folgt: Das Amt eines Bürgerausschusses Mitgliedes bzw. Stadtrats dauert 6 Jahre.

Minister v. Bodman: Ich begrüße den Antrag an sich, aber ich vermute darin den Antrag der holländischen Erneuerung. Ohne dieses habe ich Bedenken gegen den Antrag. Die Bürgerschaft wird zu lange nicht befragt. Ich würde es begrüßen, wenn Sie 6 Jahre nehmen mit holländischer Erneuerung, wenn nicht, dann schlage ich Ihnen vier Jahre vor.

Abg. Kolb (Soz.): Die Einwendung des Ministers ist richtig. Die Bürgerschaft würde zu wenig befragt werden. Die halb-jährliche Erneuerung schadet nichts. Es kommen so neue Gedanken hinein. Ich hoffe, daß die Nationalliberalen aus staatsmännlicher Einsicht ihren Antrag zurückziehen.

Abg. Kopf (Str.): Die Kommission hat beschlossen, daß die Wahl auf 4 Jahre erfolgt. Die Regierungsvorlage hat eine halb-jährliche Erneuerung. Aber das hat seine Schwierigkeiten. Für den Antrag des Abg. Reumirch wird meine Partei nicht zu haben sein.

Abg. Reumirch (natl.): Ich ziehe meinen Antrag zurück, da er keine Aussicht auf Annahme hat.

Die Kommissionssitzung wird einstimmig angenommen.

Abg. Säckling (Soz.) beantragt dem § 26 der Gemeinde- und Städteordnung folgende Fassung zu geben: Die Wahl des Bürgerausschusses findet in einem Wahlgang nach der Verhältniswahl statt. § 26 Absatz 1 und wird gestrichen. § 26 Absatz 2 wird Absatz 1 um. Das ist über die Beteiligung der Klassenwahl. Der Antrag wird abgelehnt gegen die Stimmen der Volkspartei und der Sozialdemokraten.

Die Einschließung wird dann angenommen gegen Sozialdemokraten und Volkspartei.

Darauf erfolgt die Beratung über das System der Listenwahl. Der Kommissionsantrag lautet auf freie Listen, die Nationalliberalen beantragen gebundene Listen.

Abg. Dr. Koch (natl.): Die freien Listen sind so schwierig, daß sich daraus manche Abneigung gegen den Proporz überhaupt ergeben wird. Darum wollen wir die gebundenen Listen, aber es soll zulässig sein, daß bis zu 50 pCt. der Namen auf der Liste gestrichen werden können.

Abg. Kopf (Str.) wendet sich gegen den Antrag auf gebundene Listen. Die gebundenen Listen beschränken zu sehr die Freiheit des Wählers. Die freien Listen haben sich auch in Bayern und Württemberg bewährt.

Abg. Kolb (Soz.): Die Freiheit der Wähler bei den sogenannten freien Listen ist sehr problematisch. Streichung von Namen erfolgt meistens aus den niedrigsten Gründen. Auch ich stelle den Antrag auf gebundene Listen.

Abg. Säckling (natl.): Wir sind nur von praktischen Gründen aus zu dem Antrag gekommen. Durch die gebundenen Listen wird dem Proporz für die Landtagswahl der Weg gebahnt.

Abg. Schmund (Str.) tritt nochmals für die freien Listen ein.

Abg. Säckling (Soz.): Bei den Kaufmannsgerichten sind mit der freien Liste schlechte Erfahrungen gemacht worden. Bei der Gewerbegerichts Wahl in Mannheim wurde durch 7 Mann der Wille von 12 Kaufmännern umgeworfen. Das ist die Freiheit der freien Listen.

Abg. Rehmanna (natl.): Der Streit um freie oder gebundene Listen ist eine Kontroverse, die noch nicht entschieden ist. Jeder zieht die Schlüsse nach seinen Wünschen und Hoffnungen, nicht nach realen Grundlagen. Diese müssen wir noch gewinnen. In Ermüdung aller Momente sind wir zu unserem Antrag gekommen.

Präsident Mohrhardt: Es ist der Antrag des Abg. Kolb eingegangen auf Einführung von vollständig gebundenen Listen.

Abg. Maier (Soz.) legt die Nachteile der freien Listen an Beispielen dar.

Nach einem Schlußwort des Antragstellers wurde die Abstimmung vorgenommen.

Der Antrag Kolb und Dr. Koch auf Einführung der gebundenen Listen wird angenommen vom Großklub mit Ausnahme einiger Mitglieder der Volkspartei.

Der Antrag Kolb, es findet keine Beschränkung der Wahl auf die einzelnen Klassen der Wahlberechtigten statt, wird einstimmig angenommen.

Präsident Mohrhardt: Es ist noch ein Antrag Kopf eingegangen, daß Streichungen auf der Liste diese ungültig machen.

Abg. Kolb (Soz.) zieht seinen Antrag zurück.

Der Antrag Kopf wird dann angenommen mit allen gegen die Stimmen der Nationalliberalen.

Präsident Mohrhardt: Damit sind die gebundenen Listen in ihrer ursprünglichen Form angenommen.

Angenommen wird ferner der Kommissionsantrag, daß die Amtszeit der Bürgermeister 4 Jahre betragen soll.

Abg. Wed (Soz.) begründet dann folgenden Antrag: Am 3. 20 Absatz 1 ist hinter den Worten „so wählt der Bürgerausschuß sofort mit einfacher Stimmenmehrheit“ zu setzen: „der erschienenen Wahlberechtigten“.

Der Antrag soll für beide Ordnungen gültig sein.

Minister v. Bodman: Ich bitte den Antrag abzulehnen. Es ist erforderlich, daß zu einem Beschlusse 2/3 Mehrheit des ganzen Bürgerausschusses vorhanden ist.

Abg. Kopf: Durch den Antrag Wed würde ein Widerspruch in das Gesetz kommen.

Abg. König (natl.): Der Antrag des Abg. Wed hat was für sich und wir waren bereit, ihn anzunehmen, aber nachdem geltend gemacht wurde, daß er nicht im organischen Zusammenhang mit dem Gesetz steht, lehnen wir ihn ab.

Abg. Schmund (Str.): Aus allgemeinen Erwägungen lehnen wir den Antrag ab.

Der Antrag Wed wurde abgelehnt mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

Abg. Kopf (Str.) begründet den Antrag Dr. Reuter, den Kommissionsbeschlusse aufzuheben, wonach der Stadtrat gehalten sein soll, die im Bürgerausschuß mit 2/3 Mehrheit gefaßten Beschlüsse auszuführen. Die Regierung hat schon ausgeführt, daß der Beschlusse unannehmbar ist.

Abg. Säckling (Soz.): Wir sollten in dieser Sache fest bleiben. Die Regierung wird wegen dieser Bagatelle nicht das Gesetz gefährden.

Minister v. Bodman: Ich muß nochmals erklären, daß dieser Beschlusse für uns tatsächlich unannehmbar ist und wirklich das ganze Gesetz gefährdet. Es handelt sich hier nicht um eine Bagatelle, sondern um eine grundsätzliche Frage.

Der Antrag des Reutners wird aber abgelehnt vom Großklub und damit der Kommissionsbeschlusse bestätigt.

Darauf wird die Sitzung abgebrochen und auf morgen Mittwoch früh 9 Uhr vertagt.

### Theater, Kunst und Wissenschaft.

#### 1. Prüfungsausschreibung der Hochschule für Kunst.

Die Hochschule für Kunst hat die erste diesjährige Prüfungsausschreibung zu einer Centenariofeier für Robert Schumann an. Das Klavier war unsern Romantiker der Vertraute seiner Seele, der Boden, aus dem seine Ideenwelt erwuchs. Mit gutem Grunde war deshalb dem Klavierpoeten Schumann gehoren fast ausschließlich das Wort gegeben.

Eine Ausnahme bildete die Eröffnungsnummer, die B-dur Fuge über den Namen „Bach“ für Orgel, eines der weniger bekannten Werke unseres Meisters, die als Frucht seiner Beschäftigung mit Bach anzusehen ist. Die Fuge zeigt Schumann als sicheren Beherrscher der alten Form, innerhalb deren Grenzen aber seine Phantasie frei schaltet und waltet. Die nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten derselben wurden von Herrn Adolf Schneider (Schüler des Herrn Dödel) im ganzen recht anerkennenswert überwunden und das Werk in charakteristischen Tönen gegeben. Aräulein Hedwig Franke, ebenfalls Schülerin Dödel's, spielte die H-dur Romanze op. 28 Nr. 3. Das Spiel darf an Klarheit der Plastik noch gewinnen. Im allgemeinen aber wurde technisch und musikalisch recht Gutes geleistet. Ein kleiner Gedächtnisfehler ist wohl der begründete Erregung anzuschreiben. Die sehr begabte Schülerin des Herrn Direktors Juchacz, Fräulein Math. Schroed, hat bei früheren Anlässen schon Vorträge gegeben als Gesängerin, wo ihr zur völligen Durchsättigung ihrer umfangreichen Aufgaben „Kopplette“ op. 21 Nr. 1 und „Kinderlied“ op. 151 vielleicht die nötige Zeit der Vertiefung fehlte. Infolgedessen waren neben prächtig gerateten Stellen auch Unklarheiten und in der Charakterisierung der — ohne jeden Strich — frei aus dem Gedächtnisse gespielten „Kinderlieder“ einige Uebertreibungen zu konstatieren. Fräulein Luise Deuber (Lehrer: Dödel) zeigte in der Webergebe der „Waldjungen“ op. 59 eine feine Technik und lässliches Behaltungsvermögen. Weniger gefiel uns die vorgegebene Klänge Haltung der jungen Pianistin, Fräulein Elise Schollmer, die ihrem Lehrer, Herrn Dödel, ohne Zweifel noch Arbeit bereiten, wenn die bevorstehende erste Aufregung überwunden ist. Sie spielte einige Szenen aus „Albumblätter“ in recht erfreulicher Weise. Fräulein Käthe Schumacher bot in der Webergebe der „Papillons“, dieser erst Schumann'schen von Jean Paul'schem Werke durchschriebenen Stücken, eine weit über das Maß des Schüleralters hinausgehende Leistung von erstaunlich technischer und geistiger Reife. Die einzelnen Teile dieser „Programm-Musik“ wurden hervorragend charakterisiert. Der Aufschlag zeigte eine Fülle von Phantasie, der Vortrag musikalisches Verständnis, so daß man Herrn Dödel zu dieser Leistung, begabten Schülerin besonders beglückwünschen darf. Mit einem Impromptu über Motive aus „Rosenkranz“ bearbeitet von G. Reinecke, des Herrn Frä. Math. Schroed und Frä. K. Wörle (aus der Klavierklasse des Direktors Juchacz) den Abend erfolgreich. Die Schülerinnen blieben in diesem Einvernehmen und brachten die Schönheiten dieser Musik zu bestem Erlaube.

Der mit der Wähe Schumann's geschmückte Vortragssaal war dicht besetzt, und das Publikum vergie nicht mit seinem ermunternden Beifall.

### Letzte Nachrichten und Telegramme.

#### 1. Million Nähmaschinen.

Kaiserslautern, 14. Juni. Der Fabrikant Georg Waff, Besitzer der Nähmaschinenfabrik G. Waff in Kaiserslautern hat anlässlich der Herstellung der millionsten Nähmaschine keinen Beamten und Arbeiter 100 000 Mark gestiftet. Die erste in dem Werke hergestellte Nähmaschine befindet sich in dem Deutschen Museum in München, die millionste Maschine wurde, wie der „Wäls Kurier“ meldet, dem Historischen Museum in Speyer übergeben.

### Die Enghklisa.

m. Köln, 14. Juni. (P.-L.) Wie der Berliner Korrespondent der „Köln. Ztg.“ hört, wird die „Nordd. Allgem. Ztg.“ heute nachmittag den Depeschenwechsel der preussischen Regierung und des Heiligen Stuhles wegen der Enghklisa in Wortlaut veröffentlichen. Aus dieser Veröffentlichung wird sich ergeben, daß durch die entgegenkommende Erklärung des Heiligen Stuhles die Angelegenheit eine solche Regelung und Beilegung erhalten hat, wie nach Lage der Sache erwartet werden konnte.

#### Die Urteils publikation im Falle Hofrichter.

\* Wien, 14. Juni. Die Publikation des Urteils über Hofrichter wird bereits Ende dieser Woche erfolgen. Das Militäröbergericht soll das Urteil bereits gefaßt haben. Die Begründung, die momentan ausgearbeitet wird, dürfte ein längeres Exlibris bilden. Das Befinden Hofrichters ist normal.

#### Spanien und der Vatikan.

\* Madrid, 14. Juni. Der „Liberal“ glaubt zu wissen, daß als Antwort auf die Proteste des Vatikans gegen das königliche Dekret, das die Nichtkatholiken zur Führung ärztlicher Abzeichen ermächtigt, die Regierung durch den Vorkaustler des Vatikans eine Note für den Kardinalstaatssekretär überreichte, worin es heißt, das fragliche Dekret habe mit dem Konforbat nichts zu tun und bedeute daher keine diplomatische Inkorrektheit und handle vielmehr nach den Maßnahmen der inneren Verwaltung.

### Berliner Drahtbericht.

#### (Von unserem Berliner Bureau)

□ Berlin, 14. Juni. Aus Leipzig wird gemeldet: Der hier tagende Verband der deutschen Parfümeriefabrikanten protestiert gegen die Zollserhöhungen auf Parfümerien, weil dadurch der Absatz französischer Produkte gefördert werde.

#### Der Brand eines Zeitungsgedäudes.

□ Berlin, 14. Juni. Aus New York wird gemeldet: Die Zahl der Opfer, die der Brand des Geschäftsgedäudes des „Montreal Herald“, des größten liberalen Organs des kanadischen Staates Tadel gefordert hat, ist beträchtlich. Die Zahl der Toten beläuft sich auf 40, die Zahl der Verletzten ist bedeutend größer. Das Geschäftsgedäude ist vollkommen verbrannt. Die umliegenden Häuser sind stark in Mitleidenschaft gezogen, zumteil weniger durch Feuer als durch die gewaltigen Wassermassen, die die Feuerwehr über sie gesten mußte, um ein Ausdehnen des Brandes zu verhindern. Das Feuer griff im Gedäude des „Montreal Herald“ bei den dort aufgespeicherten Papiermassen so schnell um sich, daß den in dem inneren Räumen beschäftigten Frauen nach wenigen Sekunden der Rückzug abgeschnitten war. Viele von ihnen stürzten schon mit brennenden Haaren und brennenden Kleidern an die Fenster. Ein Sprung in die Tiefe sollte sie retten. Leider gelang es nur wenigen.

Zwei Frauen blieben mit geschmetterten Gliedern auf der Straße liegen, andere erlitten ihre Freiheit dadurch, daß sie mit schweren Verletzungen als Krüppel von den vor dem Hause Stehenden aufgehoben wurden. Als die Feuerwehr nach kurzer Zeit erschien, war die Rettung vieler schon zu spät. 10 Leichen sind bereits geborgen worden.

### Die Ueberschwemmungskatastrophe im Ahrthal.

m. Köln, 14. Juni. (Priv.-Telegr.) Die Ueberschwemmungskatastrophe im Ahrthal ist die größte u. schlimmste, welche Deutschland jemals heimgesucht hat. Nach Zeitungsmeldungen sind 150 Personen umgekommen, meistens Bahnarbeiter, die in den Kontinen schliefen und vom Hochwasser überrollt worden sind. Gestern abend hing jädveres Gewölk drohend über dem Ahrthal. Die Bevölkerung der besonders bedrohten Ortschaften flüchtete aus den Häusern und verbrachten den größten Teil der Nacht im Freien. Zur Mittagsstunde waren 20 Leichen geborgen. In den Familien der von der Katastrophe heimgesuchten Ortschaften herrscht schreckliche Verwirrung, welche noch dadurch gesteigert wird, daß sie meistens jeder Nahrungsmittel beraubt sind und erst gestern abend die ersten Lebensmittel erhielten, da man bisher nicht zu ihnen gelangen konnte. Höheren Orts ist ein Bericht über den Umfang der Katastrophe eingefordert worden. Heute vormittag sind bei Altenahr zwei weitere Brücken eingestürzt und der Bahndamm ist unterbrochen. Die Wiederherstellung des Eisenbahnverkehrs bleibt noch längere Zeit unterbrochen.

\* Adenau, 14. Juni. Durch die Wetterkatastrophe im Ahrthal sind, wie von bestunterrichteter Seite berichtet wird, im Kreise Adenau allein mindestens 50 Personen um 8 Leben gekommen. Der mittlere Ortsteil von Adenau stand ganz unter Wasser und zwar teilweise bis zum ersten Stockwerk. Die Arbeiten an dem Bahndamm Remagen-Liesendorf sind fast vollständig zerstört und damit eine Arbeit von sechs Monaten vernichtet. Der Materialschaden ist nicht zu übersehen.

\* Brück a. Ahr, 14. Juni. In der hiesigen Bürgermeisterei sind der Wetterkatastrophe zwei Menschenleben zum Opfer gefallen.

\* Gerolstein, 14. Juni. In dem Eisdorfe Beim sind gestern infolge eines Wollendruges, durch den die Straßen über einen Meter unter Wasser gesetzt wurden, zwei Arbeiter ertrunken.

w. Altenahr, 14. Juni. Bis jetzt sind 34 Leichen gelandet, das Wasser fällt.

### Gregoris Abschied von Wien.

14. Juni, 12.10 Uhr m. (Privat-Telegr. des Monn. Gen.-Anz.) Im dicht gefüllten Festsaal der Anstalt verabschiedete sich gestern abend Hoftheaterintendant Gregori mit einem überaus interessanten und geschätzten Vortrag über Theatererfahrungen und Theaterpläne, in dem Gregori auch manches über sein Programm für Mannheim jagte. Der Abschiedabend des tief unter großen herzlichen Ovationen

Nachtrag zum lokalen Teil.

Beim Wettbewerb um den Volkshulnubau in Waldbrunn hat Herr Architekt W. D. A. Karl Wiener von hier den zweiten Preis erhalten. Es waren 57 Projekte eingelaufen. Der erste Preis wurde Professor Winter in Karlsruhe zuerkannt, der 3. Preis Architekt B. Pfeleiner in Heidelberg. Herr Wiener wurde bereits fünfmal prämiert. So erhielt er beim Wettbewerb für den Neubau der Oberhessischen Versicherungsgesellschaft den zweiten Preis.

Unwetter.

Zengen, 13. Juni. Was beim ersten Hagelwetter verschont geblieben ist, hat das Freitag abend niedergegangene Hagelwetter noch vernichtet. Der Weizen und die Gerste sind total in den Boden geschlagen. Das Gras liegt da, als ob eine Walze darüber gegangen wäre. Die Obstbäume sind gänzlich vernichtet. In den Gemüsegärten ist alles zugrunde gerichtet. An den Obstbäumen hat es ganze Äste abgerissen.

Kommern, 13. Juni. Freitag abend wurden wir hier von einem schweren Unwetter heimgesucht. Hagelkörner so groß wie Taubenier prasselten hernieder, da und dort Fenster Scheiben einschlugen. Wenn der Wind zu Zeit alles hell erleuchtete, sah man eine förmliche Winterlandschaft. Heute morgen hat unsere Bemerkung einen traurigen Anblick. Alles, aber auch alles hat der Hagel vernichtet, sodass jegliche Ernte für dieses Jahr vorbei ist. Leider sind verschiedene Landwirte nicht versichert. Die ältesten Leute können sich kaum eines solchen Unwetters entsinnen.

Lozthalben, 13. Juni. Freitag abend zog von Süd bis Südwesten kommend, ein schweres, von Sturm begleitetes Hagelwetter über unsere Gegend hin. Der Schaden ist groß und beträgt teilweise an der Frucht bis 100 Proz. Das Obst ist verrotten, das schöne Futter zusammengeschlagen.

Volkswirtschaft.

Union-Werke A.G., Fabriken für Brauereieinrichtungen

soem. Heinrich Stofheim, vorm. Otto Fromme, vorm. Heinrich Wehrle & Co.

In dem und vorliegenden Geschäftsbericht der Gesellschaft wird betont, daß im abgelaufenen Geschäftsjahre die ungünstigen Momente für die Brauindustrie, wie Braunkohl, Bierkrieg etc. noch härter hervor traten. Die Folge war eine noch größere Kaufkraft bei den Brauereien und ein wenig an geringer Nachfrage im Umlauf. Der Bruttogewinn war dementsprechend auch etwas kleiner als im Vorjahre; trotzdem kann die Gesellschaft durch Verminderung der Generalauskosten einen höheren Reingewinn anweisen. Infolge der Interessengemeinschaft mit der Firma Müller- und Brantische Maschinen-Fabrik AG., vorm. E. A. Enginger, Worms a. Rh., hat die Gesellschaft für das abgelaufene Geschäftsjahr 1909/10 an diese abzuführen. Die Interessengemeinschaft mit der Firma Enginger wurde von dieser unter Angabe von völlig unrichtigen Gründen gekündigt und haben hierwegen die Unionwerke das Prozedere veranlaßt.

Der Reingewinn beträgt einschließlich des Vortrags per 1. Februar 1909 von 1.215.79,84 und nach 60.102,52 Abschreibungen 1.275.902,36. Dieser Reingewinn wird folgendermaßen verwendet: 5 Prozent zur ordentlichen Reserve 63.795,12, 4 Prozent Reserve 50.876,10, vertragmäßige Konten 11.887,00, Einzahlungen an Beamte 12.500,00, Zuweisung an den Beamten-Fürsorgefond 3.000,00, Zuweisung zur Talonsteuer-Reserve 3.000,00, 2 Prozent Sonderdividende 25.000,00, Vortrag auf neue Rechnung 1.094.744,04. Die Auslagen für das laufende Geschäftsjahr scheinen nach Ansicht der Gesellschaft günstiger zu werden, so weit sich dies nach der lebhafteren Nachfrage und dem Eingang der Aufträge beurteilen läßt. In Süddeutschland ist die Situation noch unklar, weil hier der Kampf um die Erhöhung der Bierpreise in vollem Gange ist.

Unter den Aktiven erscheinen u. a.: Gebäude- und Fabrikanlagen nach 1 1/2 Prozent Abschreibung mit 1.578.000,— (1.588.101 A), Fabrikgrundstücke 304.280 (wie i. V.), Maschinen- und Fabrikeinrichtungen 1.245.000 (1.258.583 A), Bittermassefabrik Ballan 172.880 A (174.335 A), Doppelbier 60.000 A (60.000 A), Wechsel 55.307 A (58.704 A), Effekten 148.274 A (149.900 A), Debitoren 920.014 A (848.014 A), Bankguthaben 345.147 A (447.026 A) und Waren 797.782 A (817.202 A). Demgegenüber figurieren neben anderem auf Passiva: Aktienkapital 2.500.000 A (wie i. V.), Obligationen 750.000 A (wie i. V.), Reservefond 111.194 A (102.510 A), Kreditoren 117.470 A (69.102 A), Beamtenfürsorge 15.978 A (10.558 A). Die Generalauskosten belaufen das Gewinn- und Verlust-Konto mit 908.637 A (1.011.128 A), die verschiedenen Abschreibungen belaufen sich auf 60.102 A (65.847 A). Auf Dabau stehen Gewinnvortrag 1.580 A (12.088 A), Waren 1.248.379 A (1.250.999 A), Eingänge aus Zinsen und Vork. 19.708 A (6939 A).

Konkurrenz in Baden.

Freiburg. Ueber den Nachlaß des Oekonomisten Karl Simon Meißbach. Konkursverwalter Rechtsanwalt Kuhn-Freiburg. A.Z. 1. Juli. S. 2. 8. Juli.

Waldkirch. Ueber das Vermögen des Tapeziers Friedrich Ringwald, Elsbach. Konkursverwalter Kaufmann Joseph Rau-Waldkirch. A.Z. 1. Juli. S. 2. 8. Juli.

Holzverarbeitungs-Industrie A.G. in Konstanz. Das Geschäftsjahr 1909/10 betraf nach dem Bericht für die einzelnen Unternehmungen der Gesellschaft zufriedenstellend, der Gesamtgewinn ging über den vorjährigen hinaus. In Konstanz trug die neue Anlage, die voll ausgearbeitet werden konnte, wesentlich zum Gesamtgewinn bei. In Pöggendorf, effizientem Holz und deren Produkten war das Geschäft befriedigend, dagegen bedrückte der regelmäßige Abfall von Holzabfälle einige Mäße. Ueber die einzelnen Unternehmungen entnehmen wir dem Bericht folgendes: Die Chemische Fabrik Wagenmann, Senzel u. Co., A.-G., Wien, sah für das Gründungsjahr von einer Dividende ab und verwendete den Gewinn zur Abbuchung der Gründungskosten und zu Abschreibungen; das Geschäftsjahr 1909/10 sei befriedigend, der Ausbau der neuen Fabrikbetriebe im Gange. Die Chemische Fabrik Bruchhausen G. m. H. arbeitete im ersten Rechnungsjahr 1908/09 zufriedenstellend, weshalb das Verhältnis zu diesem Unternehmen erneuert wurde. Die Badische Holzverarbeitungs-A.G. in Restig, in Restig schloß für 1909 eine Dividende (i. V. O.) aus, dieiffermäßig nicht angegeben wird; es seien erhebliche weitere Investitionen nötig. Die Union, A.-G. für chemische Industrie in Fiume arbeitete gut und konnte die Dividende weiter steigern. Zufriedenstellend war der Betrieb der Holzverarbeitungs-A.G. in Restig und der Baulinien chem. Fabriken A.-G. in Perceim; ersteres Unternehmen wird durch den Bau einer zweiten Verholungs erweiter. Bei den Verth-Ambros Chemical Works in Newdorf ging trotz der Ausdehnung des Abzuges das Ergebnis infolge der größeren Konkurrenz sehr zurück. Nach der Bilanz betragen die Kreditoren 4.80 Mill. (i. V. 5,52 Mill.), andererseits Masse, Wechsel, Reichsbank- und Bankguthaben 1,06 (1,29) Mill. Die nicht spezifizierten Effekten haben sich weiter von 10,80 auf 11,02 Mill. erhöht. Bei Debitoren standen 4,58 (4,82) Mill. aus.

Rümelinger und St. Ingbert Hochöfen und Stahlwerke. Diese Gesellschaft, die dem Stahlverbande angehört, hat im Geschäftsjahr 1909/10 einen Bruttogewinn von 2.591.500 F. erzielt (1.628.800 i. V.). Die Abschreibungen auf Anlagevermögen wurden auf 835.000 F. (800.000) bemessen. Es wird eine Dividende von 60 Fr. auf die Aktie von 500 F. (50 F.) vorgeschlagen; der Vortrag auf neue Rechnung erhöht sich auf 271.100 Fr. (210.700). In der Bilanz erscheinen die Anlagevermögen der beiden Abteilungen Rümelingen und St. Ingbert mit 115 Mill. Fr. (113), wobei Zugänge in Höhe von 1,2 Mill. Fr. zu beachten sind. Waren und Vorräte sind mit 3,47 Mill. Fr. (3,19) bewertet. Der Posten Effekten in Höhe von 1,87 Mill. Fr. (w. i. V.) umfaßt 840.000 Franken, 3/4 Proz. Reichsanleihe und etwa 1 Mill. Fr. Beteiligungen an Minengesellschaften. Das Bankguthaben ist auf 1,92 Mill. Fr. (280.200) gestiegen, und die Passiva, die in der vorigen Bilanz mit 3,51 Mill. Fr. figurierte, ist verschmälert. Es ist dabei zu beachten, daß die Gesellschaft etwa 5 Mill. Fr. neue Obligationen begeben hat. Die Gesellschaft hat jetzt ihre 6 Hochöfen in Betrieb. In dem Berichte macht die Verwaltung besonders auf die Ermöglichung der Selbstkosten aufmerksam, die durch die neuen Anlagen der Abteilung St. Ingbert herbeigeführt worden sei.

A.-G. für Lyonberwertung, Stuttgart. Die Generalversammlung der Aktionäre fand am 11. Juni im Hotel Victoria in Stuttgart statt. Im Laufe des verfloffenen Geschäftsjahres ist der Sitz der Gesellschaft von München nach Stuttgart verlegt worden. Obwohl die Jahresrechnung mit einem Verlust von 76.631 M. abschließt, kann der Bericht doch eine wesentliche Besserung der Geschäftslage der Firma am Schluß des Rechnungsjahres 1909 feststellen. Der Verlust ist auf die schweren Fehler der früheren Vorstandschaft zurückzuführen. Seitdem die Gesellschaft ihren Sitz in Stuttgart hat, sind gute Geschäfte gemacht worden. Nach der Vorlage des Geschäftsberichtes, der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurde die Jahresbilanz von den Aktionären genehmigt und einstimmig Entlastung für Vorstand und Aufsichtsrat erteilt. Als letzter Punkt der Tagesordnung war der Antrag auf Herabsetzung des Grundkapitals auf 100.000 M. durch Zusammenlegung von zwei Aktien zu einer vorgeschlagen. Der Zweck dieses Antrages war der, den durch die Zusammenlegung in der Bilanz freiwerdenden Betrag zur Beseitigung der Unterbilanz und zu Abschreibungen zu verwenden. Da über diesen Punkt der Tagesordnung ein einheitlicher Beschluß nicht gefaßt werden konnte, so wurde der Antrag zurückgezogen, um auf eine spätere Generalversammlung verschoben zu werden.

Die Ver. Werkstätten für Kunst im Sandwerk A.G. in München beruft eine Generalversammlung zwecks wiederholter Beschließung über die im Vorjahre beschlossene Kapitalerhöhung um bis 850.000 auf höchstens 2,10 Mill. Der Sitz der Gesellschaft soll nach Bremen verlegt werden.

Rheinische A.-G. für Braunkohlen- und Bräunfabrikation, Köln. Wie die Verwaltung des Unternehmens mitteilt, wird der Posten Aktien, den die Stadt Köln auf Grund des bekannten Vertragsverhältnisses betr. die Stromlieferung erwerben wird, nicht von den Finanzinteressenten des Unternehmens gegeben, sondern von der Gesellschaft durch eine der ordentlichen Generalversammlungen vorzuschlagende Kapitalerhöhung beschafft werden. Die Verwaltung beantragt die Erhöhung des Grundkapitals um 4 Mill. auf 30 Mill. Von den neuen Aktien sollen drei einbezahlt nur 2 Mill. begeben werden, während der Rest einbezahlt in Reserve bleibt.

Kaligewerkschaft Hohenjoller, Saarbrücken. Nachdem durch das Inkrafttreten des Kaligehes die Verhältnisse der Kaligewerkschaft im großen und ganzen geklärt sind, und der Spindelvertrag von sämtlichen Werken mit Ausnahme von Ascherleben, Solstede und Einigkeit unterzeichnet ist, hat der Grubenvorstand beschloffen, eine Ausbeute von 200 auf den Ton für das erste Halbjahr 1910 zu zahlen. Es ist, wie der Grubenvorstand ferner berichtet, in Aussicht genommen, am 30. September d. J. eine Ausbeute von 100 für das 2. Vierteljahr 1910 und den gleichen Betrag am 31. Dezember d. J. für das 4. Vierteljahr zur Verteilung zu bringen.

Telegraphische Handelsberichte.

Mitteldeutsche Creditbank Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 14. Juni. Der Direktor der Mitteldeutschen Creditbank, Frankfurt a. M., Carl E. Klob, hat dem Aufsichtsrat angezeigt, daß er seinen Ende dieses Jahres ablaufenden Dienstvertrag nicht zu erneuern und nach nahezu vierjähriger Tätigkeit aus der Direktion auscheiden wünsche. Der Aufsichtsrat wird der nächstjährigen Generalversammlung die Wahl des Herrn Klob in den Aufsichtsrat vorschlagen. Im September ds. J. wird Herr Friedrich Reinhart, zuletzt Direktor der Dresdener Bank in Stuttgart, in den Vorstand der Mitteldeutschen Creditbank mit dem Wohnsitz in Frankfurt eintreten.

Frankfurter Magarine-Gesellschaft A.-G., Frankfurt a. M.

Frankfurt, 14. Juni. Der Abschluß pro 31. Dezember 1909 ergab einen Reingewinn von 22.300 A (20.886 A), der nach gesetzlicher Dotierung der Reserve mit 5614 A vorgetragen wird. Die Auslagen für das laufende Geschäftsjahr müssen als recht trübe bezeichnet werden, wenn nicht die weiche Deckung auf eine allgemeine gütliche Weitererte die Einkaufspreise weiter fördern sollte, welche sich dadurch bemerkbar machen. Die Aktien der Gesellschaft sind lt. 'Bett. Ztg.' sämtlich in Sammelhandschaft.

Preisermäßigung für Stabeisen.

Dortmund, 14. Juni. Der kürzlich von dem der Stabeisenkonvention nicht angehörigen Eisen- und Stahlwerk Hoech in Dortmund vorgenommenen Preisermäßigung auf Stabeisen ist heute eine weitere Herabsetzung erfolgt; denn Hoech hat seine alten Preise abermals um 1 M. ermäßigt und zwar auf 105 Mark für den Kölner Bezirk, 106 Mark für Düsseldorf und 107 Mark für den Essener Bezirk. Die Mitgliederversammlung der Stabeisenkonvention findet lt. 'Bett. Ztg.' am Freitag statt.

Sachmer Bergwerks-Gesellschaft.

Wohum, 14. Juni. Die außerordentliche Generalversammlung der Sachmer Bergwerks-Gesellschaft lehnte wiederum den Antrag auf Verschmelzung mit der Jede Vereinigte Konstantin der Grube ab. In der Begründung verwies die Verwaltung auf ihre in der nicht beschlußfähigen Generalversammlung des vorigen Monats gegebene Erklärung, es sei trotz einiger Bemühung nicht möglich gewesen, bei der Gewerkschaft Konstantin der Grube die Erhöhung der Offerte durchzuführen. Wenn auch die bessere Ermüdung des Sachmer Bergwerksvermögens in der nächsten Zeit eine kleine Verminderung als möglich erscheinen lasse, so wäre doch bei Verschmelzung aller Momente die Offerte von Konstantin annehmbar und die Verwaltung empfehle sie demgemäß, wobei zu berücksichtigen

wäre, daß die Verschmelzung der Konstantinobligationen doch dauernd sei. ('Bett. Ztg.')

Zwei weitere insolvente Getreidefirmen.

Hannover, 14. Juni. In Hannover befindet sich ferner die Getreidefirma A. Adler in Zahlungsstockung. Uebermäßige Spekulationen haben außerdem der Frankf. Ztg. zufolge zur Zahlungs Einstellung der Getreidefirma A. Albrecht in Salzpitter in der Altmarkt geführt.

New York, 14. Juni. Die Produktenbörse beschuldigt bei der Interjet Commerce-Kommission die östliche Trunk-Mine, daß sie mittels ungerechter Tarifizierung den Getreideverkehr ablenke.

Neue amerikanische Kaffeehandels-Gesellschaft.

New York, 14. Juni. Unter der Firma Jones u. Co. ist, wie die 'Bett. Ztg.' meldet, mit einem Aktienkapital von 10 Mill. Doll. eine Gesellschaft für den Kaffeehandel gebildet worden.

Telegraphische Börsen-Berichte.

(Privattelegramme des General-Anzeigers.)

Frankfurt a. M., 14. Juni. (Tel.) Fondsbörse. Bei geringer Geschäftsbelegung eröffnete die Börse mangels Anregung mit schwacher Tendenz. Die Unternehmungslust schrumpfte infolge wenig günstiger Nachrichten über Argentinien und auf die Verschärfung der Spannung mit Griechenland mehr zusammen. Die Verhältnisse an der New Yorker Börse mahnten zur Vorsicht. Die getrigge Besserung bei den mäßigen Umfängen wurde nur wenig beachtet. Im Hinblick des bevorstehenden Semesterverschleß sowie der schwachen Besuch der Börse anläßlich des 2. jüdischen Feiertages ließ die Spekulation größere Zurückhaltung beobachten. Auf Berliner Käufe und bessere Käufe der Stacks wurden Montanwerte reger gehandelt und besser bezahlt. Phönix Bergbau sind fest auf Dividendenberichte von 12 1/2-13 Prozent (i. V. nur 9 Prozent). Elektrische Werte fester, besonders Schudert, Siemens und Halske und Edison. Kaffaindustriewerte sind infolge der geringen Kaufkraft teilweise schwächer, Chemische Werte schwach, nur Traubach 2 Prozent höher, Leberfabrik Spier 5 Prozent niedriger, Bleistiftfabrik Faber 2 Prozent und Meyer 2 1/2 Prozent höher. Die Geschäftsstille in den Transportwerten machte sich in den führenden Werten besonders bemerkbar, Lombarden, Staatsbahn und Baltimore und Ohio nur mühsam behauptet. Schiffsahrtswerte unbedeutend. Auf dem Gebiete der Bankaktien sind Kreditaktien trotz der günstigen angarischen Grundaussichten mäßig schwächer, von heimischen sind Deutsche Bank fest, die übrigen um Bruchteile höher, Fonds in Uebereinstimmung des stillen Verkehrs ebenfalls ruhig, Deutsche Fonds behauptet, von ausländischen dagegen Mexikaner schwächer, ebenfalls Türkenlose.

Im weiteren Verlaufe war von einer Belebung nichts zu bemerken. Der Bericht der Kanarische machte keinen besonderen Eindruck, Bombarden blieben ruhig bei behaupteter Tendenz. Es notierten: Kredit 200,75, Diskonto 187,30, Dresdner 158,10, Staatsbahn 161, Bombarden 230, Baltimore und Ohio 111.

Berlin, 14. Juni. (Tel.) Fondsbörse. Auf die getrigge Eröffnung New Yorks sowie auf Berichte über angeblich günstigere Aussichten für eine befriedigende Lösung der nordamerikanischen Eisenbahntariffage konnte heute bei Beginn des hiesigen Verkehrs eine freundlichere Stimmung zur Geltung kommen, zumal die "erichte über eine gute Geschäftslage bei Phönix und Gelsenkirchen sich erhoben. Die Aktien der genannten beiden Unternehmungen hatten denn auch heute wieder die Führung auf dem Montanmarkt. Die Kurssteigerungen auf diesem Gebiet blieben aber unter 1 Proz. Oberdeutsche Eisenbahnindustrialaktien stellten sich sogar niedriger und verloren 1 Prozent. Elektricitätsaktien begegneten gleichfalls etwas regerem Interesse. Schudert gewonnen sogar über 1 Prozent. Die Bewegungen der deutschen Bankwerte waren unbedeutend, dagegen machte sich für russische Banken lebhaftes Interesse geltend, so daß Petersburger Internationale Handelsbank ca. 1 1/2 Prozent, Russische Bank ca. 3/4 Prozent anziehen konnten. Von Bahnen waren besonders amerikanische Werte begehrt, Kanada erfuhr eine Besserung um 1 Prozent, Pennsylvania stiegen um 0,60 Prozent. In österreichischen Werten war das Geschäft, ebenso wie in Fonds, ruhig bei wenig veränderten Kursen. Die dritte Börsensunde verlief still und behauptet. Parabolaktien lagen schwächer auf den Bericht über das dritte Vierteljahr. Industriewerte des Kassamarktes hatten ziemlich festen Markt, dagegen lagen Waggonfabriken unter Reaktionen matt. Privatdiskont 3 1/2 Prozent.

Mannheimer Effektenbörse.

Vom 14. Juni. (Offizieller Bericht.)

Kleinere Abschlüsse erfolgten heute in Brauerei Eichbaum-Aktien zu 114,2 Proz. und in Mannheimer Dampfeschleppschiff-fabrikaktien zu 80 Prozent. Sonstige Veränderungen: Verein Deutscher Oelfabriken 106,50 O., Durlacher Hof-Aktien 231,0 O., Frankonia 1305 O., 1310 B. und Zellstoffabrik Waldhof-Aktien 265 B.

Aktien.

Table with columns for 'Banken', 'Chem. Industrie', 'Brauereien', and 'Industrie'. Each column lists various companies and their corresponding stock prices in 'Brief' and 'Geld'.

Berliner Effektenbörse.

Table of Berlin stock market prices for June 14th, including various bonds and shares like Reichsanleihe, Staatsanleihe, and various bank stocks.

Pariser Börse.

Table of Paris stock market prices for June 14th, listing various French securities and bonds.

Londoner Effektenbörse.

Table of London stock market prices for June 14th, covering a wide range of international and domestic securities.

Wiener Börse.

Table of Vienna stock market prices for June 14th, including Austrian and foreign financial instruments.

Berliner Produktenbörse.

Table of Berlin commodity prices for June 14th, listing various agricultural products and their market values.

Budapester Produktenbörse.

Table of Budapest commodity prices for June 14th, detailing prices for different types of grain and other goods.

Liverpooler Börse.

Table of Liverpool stock market prices for June 14th, focusing on cotton and other trade-related securities.

Frankfurter Effektenbörse.

Table of Frankfurt stock market prices for June 14th, including Continental Telegraph Company and Reichsbank bonds.

Table of Frankfurt stock market prices for June 14th, listing various industrial and commercial shares.

Table of Frankfurt stock market prices for June 14th, covering transportation and utility stocks.

Table of Frankfurt stock market prices for June 14th, listing various bank and insurance shares.

Table of Frankfurt stock market prices for June 14th, including various foreign and domestic bonds.

Table of Frankfurt stock market prices for June 14th, listing various other financial instruments and commodities.

Überseeische Schiffsahrts-Telegramme.

Textual news reports regarding international shipping arrivals and departures, including ship names and destinations.

Textual news reports regarding international shipping arrivals and departures, including ship names and destinations.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Textual advertisement for Marx & Goldschmidt, Mannheim, listing various goods and services.

Table of prices for various goods and services, including different types of flour and other commodities.

Textual advertisement for Kufeke, Mannheim, describing their products and services.



Textual advertisement for Kufeke, Mannheim, detailing their products and contact information.



**Schuh Reform-Haus Regnawa**  
P 5, 14  
Heidelbergerstrasse  
Nur solange Vorrat reicht  
Grosse Posten Damen-Stiefel in schwarz u. braun  
Echt american. Façons  
Mk. 10<sup>50</sup>

**Tagesordnung**

der am  
Donnerstag, den 16. Juni 1910, vorm. 9 Uhr  
katholischen Bezirksratstagung.

1. A. E. des Erbschwesternverbandes Heidelberg gegen Vandarmenverbot Mannheim, Erfas von Verpflegungstufen für Friedrich Speid in Karlsruhe.
2. Bericht der Frau Montag über den Erlaubnis zum Betrieb einer Schankwirtschaft ohne Brauereibezug im Hause Beckenstraße 70.
3. Bericht des Friedr. Stoffel Ehefrau im Hause Alhornstraße 17.
4. Bericht des Joh. Dörner im Hause Lützelstraße 27.
5. Bericht des Kaiser Giesl im Hause Schanzstr. 24.
6. Bericht des Eugen Reichel im Hause Kronprinzstr. 4.
7. Bericht des Karl Vater im Hause Farnstraße 27.
8. Bericht des Max Schödel im Rheinlan, Wilhelmstr. 25.
9. Bericht des Hof. Durr Bue. in Sandhofen um Erlaubnis zum Betrieb einer Wein- und Raffeeckstube.
10. Bericht des Erhard Erch um Erlaubnis zum Betrieb einer Schankwirtschaft im Hause Ede Droffelstraße 23 und untere Riedstraße 22, Waldhof.
11. Bericht Josef Bösch im Hause Redarvorlandstr. 17.
12. Bericht des Josef Schwara um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft zum gold. Kaiser, S. 2, 19.
13. Bericht des Franz Brand um Verlegung der Schankwirtschaft ohne Brauereibezug von Waldparkstraße 14 nach N. 4, 1.
14. Bericht des Fritz Theurer um Erlaubnis zum Brauereibezug Charlottenstraße 2.
15. Bericht Karl Berner, Redarvorstr. 140.
16. Bericht Mich. Henninger Riedstraße 12, Reudenheim.
17. Antrag des Joh. Sauer, Erteilung eines Stell- und Wagnerschusses, Rheinhammstr. 47.
18. Antrag der Firma Pfeiffer- und Glacertabrik G. m. B. H., Erweiterung der Füllungsanlage Industriestraße 10.
19. Bericht des am Rhein auf dem Gemarkung Reudenheim hier Unterhaltung der Mauer beim Ort.
20. Abklärung von Bau- und Strafsachen zwischen Mannheim- und Reudenheimern, im Stadtrat Material.
21. Genehmigung von Wahlen.

Sämtliche Akten dieser Tagesordnung liegen von heute ab während 3 Tagen zur Einsicht der Herren Bezirksräte auf unserer Kanzlei auf.  
Mannheim, 13. Juni 1910.  
Groß. Bezirksrat 1:  
Dr. Horn.

**Einladung.**

Zur Verählung des Bürgerausschusses wurde Tagfahrt auf  
Dienstag, den 28. Juni 1910, nachmittags 3 Uhr  
in den Bürgerausschussaal des Rathhauses (N 1) dahier anberaumt.

Die Tagesordnung enthält folgende Gegenstände:  
1. Bericht über die Tätigkeit des Bürgerausschusses Dr. Winter.  
2. Errichtung der Stelle eines Direktors der städtischen Kunstschule.  
3. Errichtung von weiteren 2 Projektorienstellen an der Höheren Mädchenschule.  
4. Vererbung von Liegenschaften.  
5. Neubau eines Kranenbauwerkes.  
6. Erweiterung des Wasserwerks im Kaiserstr. Wald.  
7. Erlaube von Kleingärten (sog. „Erdbeergärten“).  
8. Neubau der 11. Höheren Mädchenschule, hier die Einrichtung einer Plattform.  
9. Errichtung von Annahmestellen für Spar-Einlagen durch die städtische Sparkasse Mannheim.

Die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses werden zu der bezeichneten Verählung ergebenst eingeladen.  
Zu Sätzen 4, 6 u. 8 der Tagesordnung sind am Tage der Sitzung und zwar schon von demittags ab Pläne zur Ein- nahme für die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses im Rathhaus auszubringen.  
Mannheim, den 11. Juni 1910.  
Der Stadtrat:  
Riemann.

**Einladung zur Ergänzungswahl**

Stiftungsrat der Freiherrl. von Hövel'schen Stiftung.  
Für das am 14. Februar 1910 verordnete Mitglied des Stiftungsrats der Freiherrl. v. Hövel'schen Stiftung, Herrn Kaufmann Rudolf Hoffmann, ist eine Ergänzungswahl für dessen Reichdienstzeit, d. i. September 1911, vorzunehmen.  
Die Wahl erfolgt nach § 21 des Stiftungsgesetzes durch den Bürgerausschuss mittelst geheimer Abstimmung, und zwar auf Grund des vom Stiftungsrat und Stadtrat gemeinschaftlich aufgestellten und vom Groß. Bezirksrat genehmigten Vorschlagsliste, welche folgende Namen enthält:  
1. Camerlin Adam, Glacertmeister,  
2. Kähler Oskar, Privatmann,  
3. Reuger Franz, Privatmann.

Zur Vornahme der Wahl haben wir Tagfahrt auf  
Dienstag, den 28. Juni 1910, nachmittags von 2 1/2 - 3 1/2 Uhr  
in das Rathhaus (N 1) 2. Stock, Zimmer Nr. 18 anberaumt, wozu die Mitglieder des Bürgerausschusses unter Zugrundelegung eines Wahlzettels ergebenst eingeladen werden.  
Die Wahlzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein; sie sollen bei der Wahl von ein bis sechs Personen ein Merkmal, somit 1/2 des normalen Stimmenbogens von 33 an 42 Zentimeter groß und von mittelbreitem Scheitelpapier sein und sind an der Wahl mit dem Namen desjenigen, welchem der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Dienstfertigkeit zu versehen.  
Mannheim, den 11. Juni 1910.  
Der Stadtrat:  
Riemann.

**Visiten-Karten** liefert in geschmackvoller Ausführung  
Dr. E. Saas'sche Buchdruckerei G. m. b. H.

**Für Briefmarkensammler!**  
Grosse Sammlung von über 12000 Verschiedenen angekauft. Dieselbe liegt in meinem Geschäft zur Einzelentnahme auf. Günstige Gelegenheit zur Beschaffung langgesuchter Stücke.  
**Scholl's** Briefmarkenhandlung  
Mannheim N 2, 7 Kunststr.

**Ankauf**  
Ich kaufe Briefmarken einzeln, in Partien und Sammlungen, sowie ganze Korrespondenzen von dem Jahre 1875 gegen sofortige Kasse

**Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A. G.**  
in Mannheim  
Bilanzübersicht per 30. April 1910. 8509

Aktiva.		K.	h.
Aktien-Einzahlungs-Konto	3 750 000	—	—
Kasse, fremde Geldsorten und Coupons	2 036 110	45	—
Guthaben bei Banken und Bankiers	19 079 100	13	—
Reports und Lombards	6 631 046	90	—
Eigene Wertpapiere	4 837 630	71	—
Konsortialbeteiligungen	2 605 624	98	—
Dauernde Beteiligung bei anderen Bank- institutionen und Bankfirmen	5 000 000	—	—
Debitoren in laufender Rechnung	62 426 892	02	—
Aval-Debitoren Mk. 12.002.242.—	—	—	—
Bankgebäude	2 682 479	95	—
Sonstige Immobilien	564 501	41	—
Sonstige Aktiven	579 847	80	—
	127 228 437	06	—

  

Passiva.		K.	h.
Aktien-Kapital	38 500 000	—	—
Reserven	2 549 141	58	—
Kreditoren in laufender Rechnung und Depositengelder	87 619 931	87	—
Akcepte und Schecks	27 918 990	52	—
Aval-Verpflichtungen Mk. 12.002.242.—	—	—	—
Sonstige Passiven	600 873	28	—
	127 228 437	06	—

**Rheinische Creditbank Mannheim.**  
Bilanzübersicht per 30. April 1910. 8508

Aktiva.		K.	h.
Kasse, Reichsbank, fremde Geldsorten und Coupons	6 237 037	31	—
Wechsel u. kurzfristige Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	50 956 448	41	—
Guthaben bei Banken und Bankiers	11 786 935	99	—
Lombards	24 522 630	31	—
Eigene Wertpapiere	17 108 658	87	—
Konsortialbeteiligungen	11 484 878	58	—
Dauernde Beteiligungen bei anderen Bank- institutionen u. Bankfirmen inkl. M. 5.000.000.—	—	—	—
Dotation der Mannheimer Bank	10 190 000	—	—
Debitoren in laufender Rechnung	185 322 818	16	—
Aval-Debitoren	22 580 171	84	—
Bankgebäude	6 635 658	79	—
Sonstige Aktiven	3 380 984	72	—
	349 146 257	98	—

  

Passiva.		K.	h.
Aktienkapital	85 000 000	—	—
Reserven	16 779 371	—	—
Kreditoren in laufender Rechnung	120 188 939	52	—
Depositengelder	24 345 980	61	—
Akcepte und Schecks	79 227 545	15	—
Avale	22 580 171	84	—
Sonstige Passiven	1 024 289	86	—
	349 146 257	98	—

**Süddeutsche Bank in Mannheim.**  
(Filiale in Worms). 8510  
Bilanzübersicht per 30. April 1910.

Aktiva.		K.	h.
Kasse, fremde Geldsorten und Coupons	789 225	21	—
Wechsel	6 852 304	97	—
Guthaben bei Banken und Bankiers	1 807 580	14	—
Reports und Lombards	8 963 180	63	—
Eigene Wertpapiere	1 631 077	74	—
Konsortialbeteiligungen	951 542	99	—
Debitoren in laufender Rechnung	19 891 587	98	—
Aval-Debitoren	—	—	—
Bankgebäude	470 000	—	—
Sonstige Aktiven	102 107	68	—
	36 252 207	22	—

  

Passiva.		K.	h.
Aktienkapital	10 000 000	—	—
Reserven	842 654	09	—
Kreditoren in laufender Rechnung	5 140 478	78	—
Depositengelder	5 921 501	36	—
Akcepte und Schecks	13 744 786	69	—
Aval-Verpflichtungen	—	—	—
Sonstige Passiven	602 906	87	—
	36 252 207	22	—

**Beamte = Angestellte**  
Innen unter strengster Discretion Ihren Bedarf in Leinwand, Gardinen, Stoffen, Kleiderstoffen, Tischdecken, Dimandeden, Salabeden, Kissen, Spandeln u. Erbsen-Bettdecken, Einlagen und Amoleum-Leinwand u. von einem Spezial-Gelehrten (kein Abzahlungsgeschäft) Mannheim's unter bequemen Zahlungsbedingungen ohne Vorauszahlung erhalten.  
Offerten unter Nr. 11633 an die Expedition des Mannheimer General-Anzeigers, S. 8.

**Mannheimer Bank Aktiengesellschaft.**  
Bilanzübersicht per 30. April 1910. 8511

Aktiva.		K.	h.
Kasse, fremde Geldsorten und Coupons	182 457	37	—
Wechsel	2 967 851	82	—
Guthaben bei Banken und Bankiers	71 829	55	—
Lombards	785 048	—	—
Eigene Wertpapiere	297 518	78	—
Debitoren in laufender Rechnung	14 378 240	98	—
Aval-Debitoren	991 340	98	—
Sonstige Aktiven	41 397	54	—
	19 720 380	02	—

  

Passiva.		K.	h.
Aktienkapital (M. 1.000.000.—) und Dotationskapital (M. 5.000.000.—)	6 000 000	—	—
Reserven	100 000	—	—
Kreditoren in laufender Rechnung	8 141 826	06	—
Depositengelder	1 638 258	57	—
Akcepte	2 729 233	13	—
Avale	991 340	98	—
Sonstige Passiven	70 330	31	—
	19 720 380	02	—

**Pfälzische Bank, Ludwigshafen a. Rh.**  
Bilanzübersicht per 30. April 1910. 8512

Aktiva.		K.	h.
Kasse, fremde Geldsorten und Coupons	3 708 339	90	—
Wechsel	27 261 896	63	—
Guthaben bei Banken und Bankiers	10 297 997	51	—
Vorschüsse auf Effekten und Waren	42 813 367	81	—
Debitoren in laufender Rechnung	89 326 656	30	—
Aval-Debitoren Mk. 10 815 632.81	—	—	—
Eigene Wertpapiere	11 450 442	39	—
Konsortialbeteiligungen	2 337 611	83	—
Bankgebäude	6 973 247	17	—
Sonstige Immobilien	907 629	15	—
Sonstige Aktiven	4 160 162	55	—
	198 516 851	14	—

  

Passiva.		K.	h.
Aktienkapital	50 000 000	—	—
Reserven	8 850 000	—	—
Kreditoren in laufender Rechnung	49 049 504	74	—
Depositengelder	40 395 879	63	—
Akcepte und Schecks	46 608 649	78	—
Aval-Verpflichtungen Mk. 10 815 632.81	—	—	—
Sonstige Passiven	3 522 816	99	—
	198 516 851	14	—

**Liederkrantz E. V.**  
Sonntag, den 19. Juni or.  
Ausflug nach Herrenalb-Gernsbach  
wozu wir unsere aktiven und passiven Mitglieder höflichst einladen.  
Abfahrt Mannheim vorm. 7<sup>30</sup> Uhr  
Rückkunft „ abds. 11<sup>21</sup> „  
Anmeldungen zur Teilnahme bis spätestens  
Donnerstag, 16. or., abends an den Unterabordneten  
arbeiten. 18761  
Der Vorstand.

**Ueberflügelt**  
sind alle Frischhaltungs-Systeme durch  
Kieffers neuen Einkoch- u. Sterilisier-Apparat

Qualität unter Garantie übertrifft jede erstklassige Konkurrenz.  
Gläser immer noch 10% billiger als im Preisverhältnis gegenüber Originalgläser.  
Jede Hausfrau überzeuge sich!

Die Kieffer-Apparate sind die gefundestesten Schätze der Hausfrauen.  
Die Kieffer-Apparate lassen sich in jedem Haushalt verwenden.  
Die Kieffer-Apparate sind bei unerreicht hervorragender Qualität und Ausführung um  
**10 bis 15% billiger**  
wie die im Preise schon herabgesetzten sog. Originalgläser.

Verkaufsstellen in Mannheim:  
Hirsch & Co., F 3, 19. Gebr. Schwabenland, G 7, 38.  
Hirsch & Co., F 2, 5. Fritz Weickel, C 1, 2.  
Klauer, Kammerer & Co., Gebr. Wissler, S 1, 2.  
R 1, 13/16, gegenüber der Konkordien-Kirche. 8361

**Wechsel-Formulare** in jeder beliebigen Anzahl zu haben in der  
Dr. E. Saas'sche Buchdruckerei G. m. b. H.

**Frauenbad im Rhein.**  
Das Bad ist am 15. Juni von morgens bis abends geschlossen.  
Mannheim, 14. Juni 1910.  
Bürgermeisteramt.  
von Hollander.  
Hübel.

**Brennmaterialien-Lieferung.**  
Nr. 73. Das katholische Bürgerhospital bedarf für das Jahr 1910/11  
180 Zentner Grubenkohle 600 „ Feisföhre  
120 „ Kuföhren  
bester Qualität, deren Lieferung im Submissionswege vergeben wird.  
Schriftliche Angebote wollen verschlossen, mit der Aufschrift: „Brennmaterialien-Lieferung“ versehen, bis spätestens  
Mittwoch, den 22. ds. Mts., vormittags 11 Uhr  
auf der Hospitalverwaltung abgeben werden, wobei auch die Lieferungsbedingungen eingesehen werden können.  
Mannheim, 11. Juni 1910.

**Stiftungsrat**  
des kathol. Bürgerhospitals  
von Hollander.  
Dirck.

**Vergebung von Straßenbauarbeiten.**  
Nr. 5485 I. Für die Herstellung des Holzbohrers von der Mittelstraße bis zum Aufbruch sollen die erforderlichen Arbeiten, bestehend in:  
ca. 400 cbm Kustab; ca. 3000 qm Kustab; ca. 1200 ldm Handstein- legung; ca. 700 cbm Betonarbeiten; ca. 6000 qm Pflasterarbeiten; in zwei Lose getrennt öffentlich vergeben werden.  
Die Bedingungenunterlagen liegen in der Kanzlei des Tiefbauamtes zur Einsicht auf. Angebotsformulare können gegen Erstattung der Serviceleistungskosten im Betrage von 2.70 M. von dort bezogen werden. Aufwendung mit der Post erfolgt bei vorheriger Bestätigung nur gegen Rücknahme der Gebühr.  
Angebote sind verschlossen, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen und spätestens bis zum  
Montag, den 20. Juni 1910, vormittags 11 Uhr  
beim Tiefbauamt einzuliefern, wobei die Eröffnung der eingelaufenen Angebote in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter stattfinden wird.  
Nach Eröffnung der Bedingungenverhandlung eingehende Angebote werden nicht mehr angenommen.  
Die Aufschlagsfrist beträgt 6 Wochen.  
Eine Wiederholung der Gebote unter Abgabe der dem Amt entfallenden Aufschlags für Paris, Scheckgelder etc. erfolgt, wenn bis zum Freitag der Angebote ergeht, das ein erhöhtes Angebot eingereicht wurde.  
Mannheim, 2. Juni 1910.  
Stadt. Tiefbauamt:  
Eduard.

**Bekanntmachung.**  
Nach § 22 der Feldpolizeiordnung (§ 200 Bff. 9 des R.-St.-G.) ist das unbefugte Betreten fremden Eigentums vor Beendigung eines Verbothes u. wird mit Geldstrafe bis 60 M. oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Dagegen wird nach § 37 Bff. 6 der Feldpolizeiordnung gemäß § 145 Bff. 3 R.-St.-G. an Geld bis zu 30 M. bestraft, wer außer den Fällen des § 22 unbefugt über fremde Weiden, Weiden, oder Schanzen fährt, reitet oder Vieh treibt.  
Wir bringen dies zur Kenntnis mit dem Wunsche, daß Unbefugungen unbeschädigt durch das Feldpolizeiamt zur Anzeige gebracht werden.  
Mannheim, 4. Juni 1910.  
Stadt. Gendarmerieamt:  
2284.